

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 6. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
eignet: Dem Medizinalrath Dr. Michalis zu Magdeburg den Rothen Adler-
Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Sanitätsrath und Kreisphysikus
Dr. Tschepke zu Freienwalde im Kreise Ober-Barnim, dem Kreisgerichts-
Sekretair, Kanzleirath Lorenz zu Mülhausen im Regierungsbezirk Erfurt
und dem Architekten und Gemeinderath Vivrouz zu Berviers den Rothen
Adler-Orden vierter Klasse, dem Geheimen Regierungsrath Hendel zu Wies-
baden den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, dem Senioratsbesitzer
Baron v. Uechtritz-Fuga auf Gebhardtsdorf im Kreise Lauban, dem könig-
lich schwedischen Kapitän-Lieutenant Freiherrn v. Otter in Karlskrona und
dem praktischen Arzt Dr. Rosenthal zu Berlin den königlichen Kronen-Orden
vierten Klasse, dem Hospitalverwalter Laders zu Einbeck und dem Chauffee-
Aufseher Weinhold zu Groß-Bauditz im Kreise Liegnitz das Allgemeine
Ehrenzeichen, sowie dem Mühlenverfäher Wegker zu Guttstadt im Kreise
Silesberg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, 6. Februar, Morgens. In beiden Häusern wurden
die beantragten Adressen ohne Widerspruch angenommen.

Zur Legung eines submarinen Kabels zwischen Falmouth und
Halifax in Neu-Schottland hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche
in ihrem Prospektus eine Depechen-Gebühr von höchstens 4 Pfd.
Sterl. pr. einfaches Telegramm von 20 Worten in Aussicht stellt.

Kopenhagen, 6. Februar, Nachmittags. Der wegen Hoch-
verraths angeklagte Redakteur Bille ist heute in letzter Instanz
freigesprochen worden, weil nicht dargelegt sei, daß Bille eine ver-
brecherische Absicht gehabt habe. Der öffentliche Ankläger hatte To-
desstrafe oder lebenslängliche Exilstrafe gefordert.

Politische Rundschau.

Die Unterzeichnung des Norddeutschen Bundesvertrags
wird wahrscheinlich noch in dieser Woche erfolgen, da man nach der
Z. K. die Schlusspredaktion in einer Sitzung zu erledigen hofft und
einige noch bestehende Differenzen in konfidentiellen Besprechungen
erledigt sind.

Die Verathungen der süddeutschen Minister sollen
schon am 5. d. Mts. mit einem Feste auf der Wilhelma zu einem
günstigen Abschluß gelangt sein. Die Gerüchte über Verhandlungen
zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt wegen einer mili-
tär-Konvention sind ungegründet; die Anwesenheit heftiger
Offiziere in Berlin gilt nur ihrer Information über Preußens mi-
litärische Verhältnisse.

Es ist viel von einem Bündnis zwischen Preußen und
Bayern geredet worden. Der bayrische Minister, Fürst Hohen-
lohe, darüber interpellirt, gab dem Landtage nach der „Bayrischen
Zeitung“ folgende Antwort:

„Die Staatsregierung vernimmt aus der eben verlesenen Interpellation
mit besonderer Befriedigung, daß hervorragende Mitglieder dieses hohen Hauses
mit den von der königlichen Staatsregierung in der Kammer der Abgeordneten
abgegebenen Erklärungen einverstanden sind. Dieses Einverständnis wird we-
sentlich dazu dienen, die Stellung Bayerns in den angebotenen Verhandlungen
zu kräftigen, und ich begrüße den Ausdruck desselben als einen neuen Ausdruck
der patriotischen Gesinnung der hohen Herren Interpellanten. Nur in einem
Punkte besteht dieses Einverständnis nicht, und in diesem wird Erklärung
verlangt. Ich beehre mich, die gestellte Frage, wie folgt, zu beantworten: Un-
ter dem anzutreffenden Bündnis mit Preußen und den übrigen deutschen Staa-
ten verstehe ich einen die gegenseitige Integrität des Gebietes und die gegen-
seitige Hilfe im Falle einer Gefährdung dieser Integrität gewährleistenden, auf
dem Boden vollkommener Gleichberechtigung abzuschließenden Staatsvertrag.
Daß ein solcher Vertrag die Freiheit der Entscheidung im gegebenen Falle nicht
gleichmäßig vorbehalte, sondern gleichmäßig beschränkt, wird bei näherer Prü-
fung der Natur solcher Verträge diesem hohen Hause kaum entgehen können.
In allem Uebrigen nehme ich Bezug auf die in der Kammer der Abgeordneten
am 19. und 23. Januar abgegebenen Erklärungen, welche, wie ich dem Wort-
laute der Interpellation entnehme, den hohen Herren Unterzeichnern derselben
bereits bekannt sind.“

Die französische Presse benutzt die neuen Beziehungen zwischen
Bayern und Preußen zu der Verdächtigung, als ob letzteres sich
dabei unlauterer Mittel bediene. Die „N. A. Z.“ sieht sich dem ge-
genüber zu folgendem officiösen Dementi veranlaßt:

„In retrospektiven Betrachtungen ganz subjektiver Art hatte ein hiesiges
Journal die Ansicht ausgesprochen, die Neigung Baierns, eine Verständigung
mit dem Norddeutschen Bunde anzubahnen, dürfe hauptsächlich darauf zurück-
zuführen sein, daß die bayerische Regierung zur Zeit der Friedensverhandlungen
mit Preußen von französischen Kompensationsforderungen, in denen eventuell
auch Rheinbairern inbegriffen sein sollte, Kenntnis erhalten hätte. Diese An-
schauung eines Blattes, die jedes thatsächlichen Anhalts entbehrt, wird von der
„Europe“ benutzt, um die aus den natürlichen Verhältnissen hervorgehende
Stellung, welche Baiern zu Preußen einnimmt, als ein vorher verabredetes
Manöver erscheinen zu lassen. Wir wiederholen daher nochmals auf's Be-
stimmteste, daß Kompensationsforderungen von Seiten Frankreichs niemals ge-
stellt worden sind, also auch vom preussischen Kabinett nicht als Beihilfe benutzt
werden konnten, um die Neigung Süddeutschlands für einen Anschluß an den
Norddeutschen Bund wahrzunehmen. Das Bedürfnis der nationalen Beziehun-
gen zwischen dem Süden und Norden Deutschlands ist ein so natürliches, daß
gleich bei den ersten Verhandlungen der bayerischen Landesvertretung über die
Genehmigung des Friedensvertrages mit Preußen diese Neigung ihren Aus-
druck gefunden hat. Wenn also die Behauptung aufgestellt wird, daß die An-
schauungen der bayerischen Regierung und der bayerischen Landesvertreter durch
Kompensationsforderungen erzeugt worden seien, beweist eine solche Ansicht ent-
weder die Unkenntnis ausländischer Publistiken von den in Deutschland obwal-
tenden natürlichen Verhältnissen, oder es ist eine geistliche Entstellung der
Thatsachen. Nach diesem Verfahren wird irgend einer von einem Blatt ge-
äußerten Privatansicht ein officiöser Charakter beigelegt und dann für ten-
denziöse Zwecke pervertirt.“

Die diesseitigen Verhandlungen mit dem östrei-
schen Kabinett sind wegen der Weinzölle verlagert und zwar auf
längere Zeit, wie es scheint, da auch Herr v. Philippborn, wie frü-
her Herr v. Delbrück, sich nach Berlin zurückbegeben hat. Danach
würde sich also die „aus guter Quelle“ gemeldete Nachricht, daß die
in Wien schwebenden Verhandlungen über die Revision des Zoll-
vereins einem befriedigenden Abschluß entgegengehen, zu modifi-
ciren haben.

Daß die österreichische Ministerkrisis in den Meinungsver-
schiedenheiten über die Konsequenzen, welche dem Ausgleich mit Un-
garn für die westlichen Kronländer zu geben seien, wurzelt, kann wohl
nicht in Zweifel gezogen werden. Mag nun Graf Belcredi als der
Verfechter der Politik der vollendeten Thatsache auscheiden, oder
Herr v. Beust diesen Standpunkt einnehmen, die Thatsache bleibt
stehen, daß in der höchsten Regierungssphäre eine Einigung darüber
nicht zu erzielen ist, ob der Vertretung der cisleithanischen Länder
eine Mitwirkung an der dualistischen Reichsgestaltung einzuräumen
ist oder nicht. Auch das darf als feststehend angesehen werden, daß
der Kaiser den Grafen Belcredi fallen läßt und die Auffassungen
des Barons Beust zu den seinigen macht. Alles, was von Personen
gesagt wird, die Belcredi und diejenigen Minister, die sich ihm etwa
anschlössen würden, ersetzen sollen, ist vorzeitig. Es handelt sich
jetzt zunächst um Feststellung eines neuen Kabinettsprogram-
mes, und erst, wenn das gelungen ist, sollen die Personen gesucht
werden, die geneigt wären, demselben beizutreten. Daß inzwischen
Personen sondirt werden, liegt in der Natur der Verhältnisse.

Es bestätigt sich, daß die Eröffnung der Landtagsse-
sionen erst am 18. d. Mts. erfolgen wird.

Die Eröffnung der Session des Reichsraths wird ungefähr
Mitte März erfolgen. Die Regierungsvorlage wird außer der Ein-
führung eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit die Be-
seitigung des §. 13. des Gesetzes über die Reichsvertretung vorschla-
gen, welcher die Regierung ermächtigt, wenn der Reichsrath nicht
verammelt ist, dringende Maßregeln zu treffen, mit der Verpflich-
tung, dem Reichsrathe nur deren Gründe und Erfolge vorzulegen.

In Frankreich erhalten sich die Gerüchte über bevorstehende
Ministerveränderungen. Selbst Personen aus der Umgebung des
Ministeriums des Innern stellen den Uebertritt Lavalettes in das
Staatsministerium in Aussicht, welchem dann dieselben Funktionen
wieder zufielen, die es zur Zeit Walowski's gehabt. In diesem Falle
würde entweder Rouher das Innere und Magne die Finanzen über-
nehmen oder Buffet würde einfach Nachfolger Lavalette's werden.
Sollte der gezeigende Körper sich gegen die Reformen wider-
spänstig zeigen, so wird wieder einmal eine grobartige Berufung
des Kaisers an die Nation in Aussicht gestellt; es wird dahin na-
türlich nicht kommen.

Die Haltung der Majorität gegen über dem Ministerium und
gegenüber der Opposition und der durch die Presse vertretenen libe-
ralen öffentlichen Meinung wird jedenfalls wesentlich zu der glatte-
ren oder schwierigeren Entwicklung der Sanareformen beitragen.
Mit Recht ist man daher auf die ersten Debatten im gesetzgebenden
Körper über innere Verhältnisse gespannt, da es sich dann zeigen
muß, ob die Diers-Parti mitzugehen den nicht beneidenswerthen
Muth hat, wenn die Majorität sich für Stillstands- oder Rück-
schrittszustände begeistert zeigt. Emil Olivier wird wissen, daß er
recht eigentlich hier am Scheidewege steht und sich für alle Zeiten
um den Einfluß bei dem gebildeten Mittelstande bringt, wenn er
für die kaiserlichen Mameluken einzustehen versuchen wollte. Von
Seiten des Hofes werden nun Nege und Schlingen aller Art, grobe
und feine, gestellt, um die 46 Abtrünnigen des vorigen Jahres fest
zu der treuen Herde zurückzuführen: Was die Senats-Reform be-
trifft, so entwickelt die „France“ heute: 1) „daß die bloße Erweite-
rung des Vetorechtes nicht hinreichend sein werde, um dem Senate
einen im Verhältnisse zu seiner Stellung als erster Staatskörper
stehenden praktischen Einfluß zu sichern“; 2) „daß die Umgestaltung
des Senats in eine Pairskammer zu Schwierigkeiten und Konflikten
führen würde, wodurch die hohe Stellung desselben eher gefährdet
als befestigt werden dürfte.“ Was nun aber geschehen solle und
müsse, um den Senat wieder zu Ansehen und Ehren zu bringen,
darüber herrscht noch tiefes Dunkel.

Eine der „Köln. Ztg.“ aus Paris zugehende Nachricht, laut
welcher Frankreich, Oesterreich und Rußland ein Ueberein-
kommen unterzeichnet haben, in welchem sie sich zu einer gemein-
samen Haltung der Pforte gegenüber verpflichten, bedarf wohl erst
der Bestätigung. Die Pariser Journale und Berichte aus der fran-
zösischen Hauptstadt erwähnen hiervon nichts.

Der Rücktritt des Grafen Belcredi soll in Paris einen gu-
ten Eindruck gemacht haben. Der Kaiser hat sich sofort in günstiger
Weise über Beust's „Befähigung“ ausgesprochen. Auch die
Versehung mit Ungarn wird am Pariser Hofe lediglich als Beust's
Verdienst angesehen und Napoleon III. legt auf den Ausgleich zwi-
schen Wien und Pesth großes Gewicht. Er hat dem Bernehmen
nach dem Fürsten Metternich „seine lebhafteste Befriedigung über die
Beseitigung des Zwiespatts mit Ungarn zu erkennen gegeben.“

Italienische Blätter bestreiten, daß auch Italien zu der
angebliehen französisch-russisch-österreichischen Allianz gehöre. Italien
habe in den letzten Jahren zwei Allirte gehabt, Frankreich und
Preußen, und es stehe heute noch in engen Beziehungen zu beiden.
Es gebe nur einen Grund, derartige Beziehungen zu ändern: daß
nationale Interesse. So lange dieses sich nicht gebietertlich
geltend mache und nicht gleichsam der Regierung, d. h. der Nation,
welche durch die Regierung vertreten werde, sich aufdränge, würde eine
jede Allianzveränderung zu sehr einer Laune oder einem eises auf
Achtung Anspruch machenden Volkes unwürdigen Abenteuer gleichen.“

Die Pforte hat nach einer Meldung vom 4. die Forderung
Serbiens wegen Räumung der Festungen noch nicht bewilligt.
Die Rüstungen Serbiens werden bestätigt. Die Kriegsschiffe Nord-
amerikas im Mittelmeere sammeln sich im Archipel.

und Verstimmung über die Rede des Ministerpräsidenten im
Herrenhause wegen der Pressefreiheit für Parlamentsberichte steht
noch immer im Vordergrund. Es ist dafür nur die eine Annahme
möglich, daß Graf Bismarck für dieses Mal hochverräterische
Aussagen im Parlament, welche er fürchtet, wenigstens von der
inländischen Presse fern halten zu müssen glaubt. Ein hiesiges
Blatt „die Staatsbürger-Zeitung“ ist diesen Morgen bereits kon-
fiscirt worden, weil sein Leitartikel diese Angelegenheit unter dem
Titel: „Der censurirte Reichstag“ bespricht.

Ob wirklich u. a. die Aussicht einer Aufstellung des Herrn
Julius Frese in Leipzig die Wendung herbeigeführt hat, mag
dahingestellt bleiben; selbstam genug wäre es, denn dazu ist in der
That Herr Frese zu unbedeutend, wenigstens wäre die Gefahr,
welche auch die weiteste Verbreitung seiner Ausfälle gegen Preußen
mit sich bringen könnte, wahrlich nicht groß!

Die Vorversammlungen für die Wahlen sind beendet und die
große liberale Partei aller Nuancen wird hier in Berlin zusam-
menhalten und damit erscheinen als ziemlich gesichert: für den
ersten Wahlkreis Lasker, im zweiten Waldeck (dessen Gesund-
heit sich übrigens bessert) im dritten Wigger, im vierten Ronge,
im fünften Ducker im sechsten Schulze-Delisch. Für die
Wahlen der Konservativen sind die Ausichten hier sehr gering, die
meisten Chancen hat noch die Wahl von Bismarck im 2. Wahlkreis,
doch hat sich auch hier die Sache seit der oben erwähnten Rede im
Herrenhause wesentlich anders gestaltet. — Der Landtagschluß ist
wohl am Freitag zu erwarten. Im Abgeordnetenhaus wird das
Genossenschaftsgesetz nach den Beschlüssen des Herrenhauses die von
keiner wesentlichen Bedeutung sind, angenommen werden, sowie
gleichzeitig im Herrenhause das Eisenbahn-Anleihe-Gesetz nach den
Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und damit ist das Material
erledigt.

Die Organisations-Gesetze für die Provinz Hessen
und Nassau sind ausgearbeitet, so daß ihre Publikation binnen
Kurzem zu erwarten steht.

Die Verwaltungseinrichtungen in dem vormaligen
Kurhessen, Nassau, Frankfurt und den von Hessen-Darmstadt und
Bayern abgetretenen Landestheilen werden demnächst insofern ge-
ordnet werden, daß die zur ordnungsmäßigen Verwaltung erforder-
liche Eintheilung in Regierungsbezirke und Kreise (oder Amtsbe-
zirke) erfolgt. Die erwähnten Gebiete dürften in zwei Regierungs-
bezirke (Kassel und Wiesbaden) vereinigt werden. Die Bil-
dung fester Provinzialverbände möchte dagegen wohl vorbehalten
werden, bis sich auch die Verwaltungseintheilung von Hannover
und Schleswig-Holstein vollständig ordnen und demgemäß eine
dauernde Provinzialeintheilung vornehmen läßt. In Schleswig-
Holstein wird der Ober-Präsident Baron v. Scheel-Plessen
auch ferner die obere Verwaltung und der Regierungs-Präsident
Freiherr v. Zedlitz die besondere Verwaltung von Schleswig fort-
führen. (Prov.-C.)

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat dem
preussischen Kabinett angezeigt, daß sie die Publikation über die Fest-
stellung des 24. Februar als Eröffnungstermin für den Nord-
deutschen Reichstag verfügen werde und von der Regierung
des Herzogthums Sachsen-Meinungen ist die Anzeige einge-
gangen, daß in dem dortigen Regierungsblatt diese Publikation be-
reits erfolgt ist.

Der „Weserzeitg.“ wird über die Norddeutsche Kon-
ferenz von hier geschrieben:

„Die Langlebigkeit der Konferenzen scheint allen Vorhersehungen Trotz
bieten zu wollen. Ueber die militärischen Detailfragen soll bereits Anfang der
Woche eine Einigung erfolgt sein, nachdem in einer Konferenz der Hrn. v. Bi-
smarck, v. Moos und v. Savigny mit dem Könige über die Stellung Preußens
definitiv Beschluß gefaßt worden war; die auf die einheitliche Organisation der
Handels- und Kriegsmarine bezüglichen Bestimmungen sind wohl ebenfalls er-
ledigt. Von einer vorgängigen Fixirung der Normaleinnahmen des Marine-
Staats hat bis jetzt noch nichts verlautet. Auf die Schwierigkeiten einer solchen
Feststellung ist zum Deutlichen aufmerksam gemacht. Vorausichtlich wird der
Reichstag gerade auf dem Gebiete des Flottenregimentariums Waffen genug
finden, sein unbefristetes Bewilligungsrecht in einer der Ausdehnung seiner
Kompetenz förderlichen Weise geltend zu machen.“

Bei der Veranlassung der 60 Millionen-Anleihe hatte der Finanzminister er-
wähnt, in Zukunft würden auch die neuverordneten Provinzen einen auf bei-
läufig 10 Millionen normirten Beitrag zum Staatschatz zu leisten haben; zu-
gleich wurde auch die Erweiterung des preussischen zu einem norddeutschen
Kriegsschatz in Aussicht gestellt. Es ist selbstverständlich, daß solche Pläne
zu ihrer Ausführung einer neuen gesetzlichen Bestimmung der erweiterten preu-
ssischen Vertretung oder eventuell des Norddeutschen Parlamentes bedürfen.
Ob der Umstand, daß der den Bevollmächtigten vorgelegte Entwurf keine
darauf bezügliche Bestimmung enthält, ein Aufgeben der erwähnten Absichten
in sich schließt, läßt sich nicht übersehen.

In Betreff der Vertretung der verbundenen Regierungen während der be-
vorstehenden Reichstags-Session ist an dieser Stelle betont worden, daß die be-
treffenden diplomatischen oder sachmännlichen Vertreter nicht an dem Preußen
durch das Protokoll vom 21. Januar zugestandenen Rechte, die Verhandlungen
des Reichstags zu leiten, participiren sollen. Es ist das unserer Ansicht nach
der entscheidende Punkt. Andernfalls würde auch die Auffassung, welcher wir
in unterrichteten Kreisen mehrfach begegnet sind, der zufolge das Protokoll vom
21. Januar Preußen eine Art Diktatur übertragen habe, jeder Berechtigung
entbehren.“

Altona, 6. Februar. Als Termin für die Einstellung der
dienstpflichtigen Mannschaften im Bezirk des 9. Armee-corps ist der
5. März festgesetzt worden.

Kulm, 4. Februar. Die Wahl des Justizrath Dr. Meyer
aus Thorn zum Abgeordneten für den deutschen Reichstag für die
Kreise Thorn-Kulm scheint gesichert zu sein.

Sachsen. Leipzig, 4. Februar. Dem ehemaligen Mai-
gefangenen Tempel zu Dresden, welcher mit andern Sachsen als
freiwilliger Kämpfer den Befreiungskrieg von 1813 in preussischen
Dienstern mitgemacht, ist jetzt vom preussischen Kriegsministerium
eine anständige Pension zugesichert worden. (C. Z.)

Deutschland.

Preußen. 4. Berlin, 6. Februar. Die Ueberraschung

Württemberg. Stuttgart, 5. Februar. Ueber das Ergebnis der Konferenz ist noch nichts Näheres bekannt; so viel indessen darf als gewiss angenommen werden, daß es sich neben den Modalitäten über eine gemeinsame, den Anforderungen unserer Zeit entsprechende Heeres-Organisation auch um die künftige politische Haltung der Südstaaten hierbei handelte; das Programm des Fürsten v. Hohenlohe darf wohl als von sämtlichen Südstaaten angenommen betrachtet werden. Anwesend sind bei den Konferenzen: von Bayern: der Ministerpräsident Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst mit dem Ministerialrath Grafen v. Tauffkirchen und der Kriegsminister Generalmajor Frh. v. Franck mit Frhn. v. Massenbach, Major im Generalstab; von Baden: der Ministerpräsident von Freydrick mit dem Legationsrath Dr. Hanstedt und der Präsident des Kriegsministeriums General v. Ludwig mit seinem Adjutanten Major v. Schuberger; von Hessen: der Ministerpräsident v. Dalwigk und der Direktor des Kriegsministeriums Generalmajor v. Grolmann. Württemberg ist vertreten durch den Minister des Aeußern Frhn. v. Barnhüller, den Kriegsminister Generalleutnant v. Hardegg und Staatsrath Grafen v. Taube. Am Samstag Abend war große Soirée beim Minister v. Barnhüller, am Sonntag nach dem Schlusse der Sitzung wurden die sämtlichen Mitglieder der Konferenz von K. M. dem König und der Königin empfangen, worauf ein glänzendes Diner im Kgl. Schlosse stattfand. Abends wohnten sie der Feste in einer reservierten Loge der ersten Gallerie bei. Daß das Theater gedrängt voll war, darf wohl nicht erst versichert werden. Bemerkenswert, daß Fürst von Hohenlohe sich längere Zeit in der Loge des Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar aufhielt und sich mit diesem gelegentlich besprach. — Gestern Vormittag wurde der neue preussische Geschäftsträger am württembergischen Hofe, Legationsrath von Pfuell, von Sr. Maj. dem Könige empfangen.

Großbritannien und Irland.

London, 5. Februar. Die Viehseuche ist wieder bösartig ausgebrochen.

Frankreich.

Paris, 4. Februar. Der Kaiser wird in seiner Eröffnungsrede dem französischen Volke eine unerwartete Mitteilung machen. Dieselbe betrifft die orientalische Frage. Die von Herrn von Mouffier befolgte, der Türkei günstige Politik ist ganz aufgegeben und Frankreich, Oesterreich und Rußland sollen ein Uebereinkommen unterzeichnet haben, durch das sie sich zu einer gemeinsamen Haltung der Pforte gegenüber verpflichten. Die drei Mächte wollen weitreichende „Reformen“ zu Gunsten der christlichen Unterthanen der Pforte, Räumung der jerbischen Festungen, die Investitur für den Prinzen Karl von Hohenzollern und eine ganz unabhängige Verwaltung für Kreta fordern. Zu letzterer soll der Sultan nur noch in einem oberhöchsten Verhältnis bleiben. Der Kaiser wird, so versichert man, das Zustandekommen dieser Einigung in seiner Rede vom 11. Februar verkündigen.

Abgesehen von den Wünschen Frankreichs, sieht der Kaiser sich durch die heranwachsende Weltausstellung veranlaßt, seiner Regierung eine möglichst liberale Gestaltung zu geben. Man fürchtet mit Recht den Eindruck, den die Millionen von Parisbesuchern mit nach Hause brächten, wenn Alles beim Alten bliebe. Andererseits fürchtet man auch, die Berührung der Franzosen mit den vielen Fremden könne leicht zur Folge haben, daß jene mit noch mehr Ungestüm eine Veränderung des für eine so große Nation wie Frankreich demütigenden Regimes verlangen, als dies bisher geschehen. So soll denn auch die Preßpolizei während der Ausstellung ihren Razzias auf die fremden Journale zu entzagen haben.

Belgien.

Brüssel, 4. Februar. Der Arbeiter-Aufstand zu Marchienne au Pont ist gedämpft, war aber doch bedeutender, als die ersten Nachrichten erheben ließen. Die „R. Z.“ berichtet darüber:

Seit dem Morgen des 2. d. hatten sich die Arbeiter der Kohlengruben von Dampremy mit den Eisenbahnarbeitern von Marchienne vereinigt. Die Nachtarbeiter der Gruben hatten die Tagesarbeiter durch Drohungen gezwungen, ebenfalls die Arbeit einzustellen und sich ihnen anzuschließen. Die ganze Truppe zog nach Marchienne und richtete ihren Angriff gegen die Dampfmühle; es mochten an 2000 Menschen sein, worunter auch Weiber und Jungen. Die Dampfmühle war mit 100 Mann Infanterie vom 11. Linien-Regiment aus Charleroi besetzt, so wie von 2 Gensdarmen zu Fuß und 6 berittenen Gensdarmen. Diese kleine Truppe feste der Menge lange Zeit mit der größten Geduld nur passiven Widerstand entgegen, obgleich sie heftig mit Steinwürfen angegriffen wurde. Dies dauerte einige Stunden, bis der Haufe einen drohenden Angriff machte, worauf die Truppen Befehl zum Feuern erhielten. Es sollen nur einige Soldaten getötet worden, doch seien drei Personen aus dem Volkshaufen. Darauf entstand eine furchterliche Verwirrung, wobei zwei Soldaten ernstlich verwundet wurden, einer derselben schwer. Die Truppe zog sich zurück und nun wurde die Mühle geplündert und zerstört. Ein Versuch, sie in Brand zu stecken, ist zum Glück abgewandt, indem einige mutige Leute deren Brand noch rechtzeitig löschten, zu welchem Zwecke sie die Biervorräte in der Mühle verwandten. Die Nachschüsse wurden geplündert, was in aller Ruhe geschah, da jeder Widerstand für den Augenblick aufgehört hatte. Die Papiere des Bureaus wurden zerstört, und man behauptet, daß auch der Geldschrank, welcher ziemlich bedeutende Summen und die Hauptbücher des Establishments enthielt, erbrochen und ausgeleert worden ist. Nach dieser Plünderung beruhigte sich der Tumult einigermaßen. Um halb 2 Uhr trafen noch hundert Mann Infanterie und das 3. Bataillon der Jäger aus Mons ein, gegen 10 Uhr Abends noch 2 Schwadronen Lanciers aus Mons und 2 Schwadronen Chasseurs von Namur. Die Nationalgarde von Marchienne, welche zusammenberufen war, ward dadurch überflüssig. Die Wahlen zu Charleroi und zu Chatelineau wurden von Militär besetzt. Seitdem ist es ruhig geblieben. Die neuesten Nachrichten von Charleroi vom 4. d. Morgens melden, daß noch 400 Mann Carabiniers und 2 Schwadronen Lanciers nach Charleroi gekommen sind, daß die Ruhe nicht mehr gestört und daß die Arbeiter bereits theilweise ihre Arbeit wieder begonnen hätten. Mehrere der zum Stillstande gebrachten Eisenwerke haben angefangen, daß sie wieder zu arbeiten beginnen würden. In den Werken von Chatelet und Chatelineau ist Alles ruhig geblieben.

Italien.

Florenz, 6. Februar. Die Kommission zur Berathung der Vorlage über die Kirchengüter hat sich konstituiert und zum Präsidenten de Luca und zum Schriftführer Maure Marchi ernannt. Morgen findet die erste Sitzung statt. — Die mit Frankreich bezügliche der Repartition der päpstlichen Staatsschulden abgeschlossene Konvention ist, wie versichert wird, von sämtlichen Bureaux der Deputiertenkammer genehmigt worden.

Rußland und Polen.

Aus Polen, 2. Februar. Seit einigen Tagen werden Revisionen bei den Kaufleuten in den kleinen Städten im Rayon der Grenze bis zu vier Meilen ins Land hinein abgehalten und sol-

len in mehreren derselben, namentlich in Golin, Stawyszyn etc., bedeutende Quantitäten eingeschmuggelter Seidenwaren und unversteuerter Cigarren konfisziert worden sein. Bei einigen Kaufleuten, bei denen gerade große Vorräthe Kontrebande der mit den geheimen Revisionen betrauten Kommissionen denuntziert waren, fand man nichts und ist wohl mit Grund anzunehmen, daß sie vorher gewarnt worden.

Daß die angestellten Zollbeamten Alles aufbieten, um für die Grenzsperrung zu wirken, weiß Jedermann; aber es ist auch wahrzunehmen, daß in der Verwaltung eine bereits mächtige Partei diesem Streben entgegenarbeitet und für die Freihandelsidee wirkt und daß diese Partei ihren Stützpunkt an höchster Stelle der Verwaltung hat, ist kein Geheimniß mehr.

Die Wartha ist an flachen Stellen oberhalb und bei Konin bereits ausgetreten, doch hegt man nicht gerade Besorgniß, daß eine größere Ueberschwemmung eintreten werde. — Für die Schifffahrt und die großen Vorräthe von Flößholz, welche an vielen Abladestellen lagern, darf ein anhaltend höherer Wasserstand nur wünschenswerth sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 31. Januar. Am 29. d. M. langte der Adjutant des Königs von Griechenland, Martino-Lieutenant Funch, hier an. Dem Vernehmen nach überbringt derselbe dem Prinzen Johann von Glücksburg die Nachricht, daß der Geß-Entwurf, welchem zufolge dem Prinzen Johann für gewisse Eventualitäten die Regentschaft in Griechenland übertragen wird, nunmehr die allseitige Zustimmung Seitens der verschiedenen legislativischen Faktoren erhalten hat. Zugleich hat Lieutenant Funch dem Prinzen Johann eine Einladung Seitens des jungen Königs von Griechenland überbracht, und dürfte der Prinz in wenigen Tagen die Reise nach Athen antreten. Es ist indessen keineswegs entschieden, ob das Regentschaftsgesetz demnächst praktische Bedeutung erhalten wird und die von dem jungen Könige von Griechenland nach Paris, London, Kopenhagen und St. Petersburg beabsichtigte Reise für diesmal zur Ausführung kommen wird. In dieser Beziehung wird die weitere Entwicklung der orientalischen Frage wesentlich in Betracht kommen. Den hier eingetroffenen Nachrichten zufolge haben die diesfälligen Dispositionen des jungen Königs in Athen die allgemeine Zustimmung gefunden. Von dem Könige soll es anfänglich beabsichtigt gewesen sein, dem jetzigen Konseil-Präsidenten die Regentschaft zu übertragen, wogegen aber letzterer sich erklärt hat. (Köln. Ztg.)

Türkei.

Aus Albanien, 22. Jan. Was auch von griechischer Seite vorgepiegelt wird, um die öffentliche Meinung irre zu führen, so können Sie als gewiß annehmen, daß die illyrische Halbinsel nächstens der Schauplatz wichtiger Ereignisse sein wird. In Epirus ist Alles zu einer Schilderhebung vorbereitet. Die griechischen und die italienischen Konsuln handeln im genauesten Einverständnis, ihre Emissäre durchstreifen die türkischen Provinzen in allen Richtungen und wiegeln die christliche Bevölkerung auf. Die Türken, welche täglich Zeugen dieser Unruhe sein müssen, sind im höchsten Grad aufgeregelt, und es haben in Valona bereits Demonstrationen gegen den griechischen Konsul stattgefunden, die dieser zum Theil selbst zu provociren scheint, um einen Konflikt herbeizuführen. Von türkischer Seite werden überall Aufstände getroffen, um sich von den drohenden Ereignissen nicht überraschen zu lassen. Selim Pascha ist zum Befehlshaber der 10,000 Baskibozuks ernannt, welche im Bezirk von Janina aufgeboden werden. In Grio Nero wird ein Fort gebaut und mit zehn schweren Geschützen besetzt. Die griechische Armee, welche an der Grenze von Thessalien und Epirus ebeordnet ist, macht kein Geheimniß daraus, daß sie bestimmt ist, der in naher Aussicht stehenden Erhebung Beistand zu leisten. Italien scheint es dabei auf Dalmatien abgesehen zu haben — es will den Griechen zur Erwerbung des südlichen Theiles der Halbinsel verhelfen und sich dadurch ihre Unterstützung zur Eroberung Dalmatiens sichern. Italienische Kriegsschiffe untersuchen schon jetzt die dalmatinischen Küsten und Kanäle. Die Italiener sagen es ganz laut: das Adriatische Meer müsse ein italienischer See werden. Dies ist das Endziel der Intriguen, die zwischen Griechenland und Italien gesponnen werden. (A. Z.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 29. Januar. Ein höchst interessantes Altenstück, welches sich jetzt der Deffentlichkeit entzogen hat, ist der Firman des Sultans, welcher nach Verleihung der Investitur an den Prinzen Karl von Hohenzollern ergangen ist. Aus diesem Firman geht deutlich hervor, daß der Sultan sich zu Gunsten des Fürsten Karl seiner alten Rechte auf die Donaufürstenthümer keineswegs in dem Grade begeben hat, als man bisher anzunehmen geneigt war, denn mit Ausnahme der Erblichkeit der Fürstenwürde hat die Pforte keine Konzession gemacht.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

(26. Sitzung vom 6. Februar.)

Eröffnung 11¹/₂ Uhr. Die Tribunale sind leer. Am Ministertisch vier Regierungskommissare. Später der Handelsminister.

Präsident Graf zu Stolberg eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Es werden darauf das Gesetz, betreffend die Abgabe von allen nicht im Besitze des Staates oder inländischer Eisenbahnaktien-Gesellschaften befindlichen Eisenbahnen, der dritte Bericht der Matrikalkommission, das Gesetz über Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer Salzsteuer, das Gesetz über die Aufhebung der durch den Zolltarif vorgeschriebenen Gebühren für Begleitknechte und Bleie ohne Debatte angenommen. (Die Erledigung aller dieser Gegenstände erfolgt innerhalb 5 Minuten.)

Es folgt die zweite Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikel 69 der Verfassungsurkunde etc. beabsichtigt in dem mit der preussischen Monarchie neu vereinigen Landesstellen (Vernehmung des Abgeordnetenhauses um 80 Mitglieder). Das Gesetz wird wiederholt angenommen (dagegen eine kleine Minorität Fr. v. Kleist-Regow etc.) Hierauf wird die Debatte über das Genossenschaftsgesetz fortgesetzt. §. 32 wird nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen, ebenso die §§. 33—36 ohne Debatte. Zu §. 37 verteidigt Herr v. Kleist-Regow ein von ihm gestelltes Amendement, welches die Bedingungen für den Austritt aus der Genossenschaft erweitert. Der Regierungskommissar Geh. Ober-Regierungsrath Ed. erklärt, daß die Regierung aus formellen und materiellen Gründen das Amendement für überflüssig und unannehmbar erachtet.

Freiherr v. Mantuffel (der ehemalige Ministerpräsident) erklärt sich in längerer Ausführung für das Amendement. Dasselbe sei gegen die Tyrannei gerichtet, welche von den übermächtigen Vorständen der Genossenschaften geübt werde, und welche man beseitigen müsse. Es sei nicht richtig, daß der Arbeiterstand sich in Noth befinde, er erhebe sich einer Behäbigkeit — welche Redner

ihm gönne, aber er treibe einen Luxus, welchen ihm Redner nicht gönne, man müsse Alles thun, um den bedürftigen Arbeitern zu helfen. Nach einigen Gegenbemerkungen, namentlich unter Bestreitung der angeblich von den Vorständen geübten Tyrannei Seitens des Herrn Tellkampff, sowie nach einer das Amendement befürwortenden Rede des Berichterstatters Dr. Dernburg, wird das Amendement bei Namensaufruf mit 165 gegen 35 Stimmen angenommen. Auch die Minister stimmen mit der Majorität. Nach diesem Beschluß hat jeder Genossenschaftler das Recht, aus der Genossenschaft auszutreten, „auch wenn der Gesellschaftsvertrag auf bestimmte Zeit geschlossen ist“ und die Genossenschaften können Mitglieder auch „wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte“ ausschließen. §§. 38—53 werden ohne Debatte, §. 54 mit einer Fassungsänderung angenommen. Die §§. 55—57 werden ohne Debatte angenommen. Längere Erörterungen ruft §. 58 (Central-Staatskasse mit einer Dotations von 2 Millionen Thalern) hervor. Herr v. Kleist-Regow verteidigt den Vorschlag. Der Regierungskommissar Geh. Finanzrath Wollny erklärt denselben für unannehmbar. Zunächst hätten die Beihilgen keine Unterstützung verlangt, sodann seien die Mittel nicht disponibel, hätte doch schon um die Abfindung des Fürsten von Thurn und Taxis zu ermöglichen, eine Anleihe aufgenommen werden müssen. — Herr v. Below spricht für den Kommissionsvorschlag.

Herr Camphausen erklärt, daß er die von Herrn v. Mantuffel gegen die Genossenschaften ausgesprochenen Bedenken nicht theilen könne, sondern daß die weitere Entwicklung der Genossenschaften nur Segen bringen werden; diese Entwicklung müsse also gefördert werden; dies werde am Besten geschehen, wenn man das Gesetz nach den Vorschlägen des Abgeordnetenhauses annehmen. Die Gründung einer solchen Centralkasse sei unpraktisch; und gerade die beste Seite des Genossenschaftswesens, das Gefühl der Selbsthilfe werde dadurch beeinträchtigt. Auch werde dadurch die Befürchtung entstehen können, daß man einen Unterschied machen wolle zwischen den einzelnen Genossenschaften, den „gutgeführten“ und andern, die nicht in diesem Ruhe stehen. (Beifall.) — Handelsminister Graf Jkenpitz verteidigt nicht die gute Absicht des §, erklärt sich aber aus verschiedenen Gründen dagegen. Es sei parlamentarisch unerböhr, daß die Landesvertretung ohne Hörden der Beihilgen die Staatsregierung auffordere, Ausgaben zu machen, zumal wenn der Finanzminister erkläre, daß kein Geld vorhanden und wenn gerade in nächster Zeit so große Ausgaben bevorstünden, da ja in den neuen Provinzen mancherlei zum Wohle des Landes, der Schulen etc., gethan werden müsse. — Die Vereine hätten ja anderwärts gar keine Unterstützung begehrt; der Vergleich mit den Eisenbahngesellschaften etc., die unterstützt worden wären, sei nicht richtig, man unterstütze diese nicht im Interesse von Privatpersonen, sondern im Interesse des Verkehrs. — Im Prinzip der Selbsthilfe liege in der That ein mächtiges Prinzip, und man dürfe dasselbe nicht abschwächen.

Früher habe man allerdings einzelne Industrielle unterstützt, um einen bestimmten Industriezweig zu heben; die Industrie in Preußen habe aber erst seit der Zeit einen wirklichen Aufschwung genommen, seitdem der Staat gar nicht mehr eingegriffen habe. Sehr verlockend seien ferner die Erfahrungen nicht, die der Staat mit der Unterstützung einzelner Handwerker gemacht; in der Regel sei der Staat um sein Geld gekommen. — Nehme man aber das Prinzip des Kommissionsantrages als richtig an, so würden sich die Ansprüche von allen Seiten so steigern, daß zwei Millionen nicht genügen, Einzelne zu bevorzugen, sei aber ungerechtfertigt; wenn der Staat Geld übrig habe, möge er lieber die Klassensteuer ermäßigen. Dann würden Alle gleichmäßig betroffen; dies erfordere die Gerechtigkeit. Er bitte dringend, den Paragraphen abzulehnen. Graf Brühl befürwortet den Antrag der Kommission. — Graf Eulenburg spricht gegen den Kommissionsantrag. Die Genossenschaften beruhen auf gesunder Grundlage und das Zustandekommen des Gesetzes sei wünschenswerth. Der Wunsch nach einer Unterstützung sei nie von dort laut geworden, sondern nur der Wunsch, sich frei bewegen und sich selbst helfen zu dürfen. Man dürfe ihnen deshalb kein Hemmnis in den Weg legen. — Handelsminister Graf Jkenpitz spricht nochmals gegen die Aufnahme des Paragraphen in das Gesetz; dies sei parlamentarisch gar nicht zulässig. Man möge ein besonderes Gesetz auf Stiftung der Kasse einbringen, wenn man es für wünschenswerth halte; in das Gesetz gehöre es nicht. — Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Berichterstatter Dr. Dernburg verzichtet auf das Wort. — Der §. 58 wird mit großer Majorität abgelehnt. — §. 59 wird darauf angenommen; und schließlich das ganze Gesetz mit den beiden gestern und heute beschlossenen Änderungen zu §. 30 und 37 mit großer Majorität; dagegen u. A. Graf Brühl, v. Kleist-Regow. — Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen über das Gesetz, betreffend die Abänderung mehrerer Vorschriften über das preussische Postwesen. — Die Kommission befragt, das Gesetz so anzunehmen, wie es aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist. — Ref. Dr. v. Daniels befürwortet den Kommissionsantrag. — Der Reg.-Kommissar befürwortet die Annahme der ursprünglichen Regierungsvorlage, wonach das Porto für unfrankirte Briefe auf die Entfernung von 5 bis 10 Meilen schon 2 Sgr. betragen soll.

Handelsminister Graf Jkenpitz erklärt, daß die Staatsregierung immer die Tendenz verfolgt habe, das Porto zu ermäßigen; dies könne aber im Interesse der Finanzverhältnisse nur nach und nach geschehen. Die Einnahmeposition in dem schon angenommenen Etat sei nach dem vorliegenden Gesetze gegriffen. Er bitte deshalb, die Regierungsvorlage anzunehmen, da es der Regierung unmöglich sei, auf die Abänderung einzugehen. — Bei der Abstimmung wird §. 1 der Kommissionsvorlage verworfen, §. 1 der Regierungsvorlage aber angenommen; ebenso wird §. 2 der Regierungsvorlage angenommen, ebenso die §§. 3, 4 und 5, und schließlich das ganze Gesetz. — Es wird darauf die Wahl zweier Schriftführer vorgenommen.

Schluß 2¹/₂ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr; Tagesordnung: Die Eisenbahn-Anleihe.

(65. Sitzung vom 6. Februar.)

Eröffnung 10¹/₂ Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt; auch die Bänke des Hauses zeigen viele Lücken. Am Ministertisch der Minister des Innern Graf zu Eulenburg und mehrere Regierungskommissarien.

Abg. Schulze-Delitzsch zur Geschäftsordnung: Da das Genossenschaftsgesetz bei der Berathung im Herrenhause durch einige unwesentliche Amendements modifiziert worden ist und deshalb an das Haus zurückkommt, an dem Zustandekommen des Gesetzes aber sehr viel gelegen ist, so möchte ich den Herrn Präsidenten bitten, mit Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Schluß der Session dafür zu sorgen, daß, sobald das Gesetz in dies Haus zurückgekommen, eine möglichst schnelle Beschlußfassung herbeigeführt werde.

Abg. v. Vinde unterstügt dies Eruchen des Vorredners.

Präsident v. Forckenbeck erklärt, daß er das Gesetz sofort an die betreffende Kommission verweisen, welche dann in der nächsten Sitzung, resp. in einer extra außerordentlichen Abendsitzung mündlich darüber Bericht erstatten soll. — Das Haus ist damit einverstanden.

Darauf wird in die L. D. eingetreten, deren erster Gegenstand die Berlejung der Interpellation des Abg. Dr. Lünig ist. Derselbe lautet:

„An die königliche Staatsregierung erlaube ich mir die Frage zu richten: „ob es ihr bekannt ist, daß der Landrath Dr. Schulz in Wemel, früher Abgeordneter, von der königlichen Regierung zu Königsberg zum Wahlkommissarius für die Wahlen zum Reichstage des Norddeutschen Bundes im Kreise Wemel-Heidekrug ernannt ist, und ob sie event. genommen ist, diese Ernennung rückgängig zu machen?“

Motive: Der Beschluß des Hauses vom 15. Januar c., die Ernennung von Wahlkommissarien betreffend, und die vorhergehenden Verhandlungen über die Wahlen der Abgg. Dr. Schulz und Degen.

Der Minister des Innern erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. — Zur Motivierung derselben erhält das Wort:

Abg. Dr. Lünig: Ich habe mich allerdings schon daran gewöhnt, nicht so leicht überrascht zu werden durch Maßnahmen der Provinzialbehörden; aber die Nachricht, daß der Landrath Schulz, dessen Wahl mir bekanntlich wegen ungehöriger Wahlbeeinflussungen kassirt haben, zum Wahlkommissarius für Wemel-Heidekrug ernannt worden sei, kam mir fast ungläublich vor; um so ungläublicher, als das Ansehen dieses Herrn durch alle diese Vorgänge in seinem Kreise, wie aus den umlaufenden Gerüchten über seinen Austritt aus dem dortigen landwirthschaftlichen Verein, über seine bevorstehende Verlegung etc. hervorgeht, natürlich sehr gelitten hat und allerhand Befürchtungen sich daran knüpfen. Es sind in jenem Kreise eine ganze Menge achtbarer und fähiger Männer, denen dies Amt hätte übertragen werden können. Die Folgen der Ernennung haben sich auch schon gezeigt; wahrscheinlich um die Kontrolle leichter üben zu können, hat er das fertig bekommen, den Wahlkreis in 139 ganz kleine Wahlbezirke zu theilen. (Hört! hört!) In dieser Ernennung liegt eine Verletzung aller der Rücksichten, die jede politische Partei der andern und die vor Allem die Regierung jeder Partei schuldig ist. (Widerpruch rechts.) Ja,

m. H., das ist gewiss eine Verletzung der schuldigen Rücksichten, wenn ein persönlich und politisch so kompromittierter Mann zum Wahlkommissarius ernannt wird. (Unruhe rechts.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Darüber, daß der Landrath Schulz zum Wahlkommissar behufs Abhaltung der Wahlen zum Norddeutschen Parlament ernannt worden ist, ist mir amtlich nichts angezeigt worden; ich habe es jedoch für wahrscheinlich und erkläre, daß ich keine Veranlassung finde, falls die Ernennung von der Regierung erfolgt sein sollte, dieselbe rückgängig zu machen. Der Beschluß dieses Hauses vom 15. Januar c. ist mir wohl bekannt; aber Beschlässe dieses Hauses in dieser Richtung sind doch nichts als Wünsche, welche die Regierung gern erfüllen wird, soweit es sich mit ihrer Stellung und ihren Pflichten verträgt. Ich kann nicht zugeben, daß die Ernennung des Landrath Schulz eine derartige Verletzung der Beschlässe dieses Hauses enthalten würde, wie der Interpellant meint. Ich kann auf das ganze weite Feld seiner Ausführungen nicht eingehen, weil ich mich nur auf die Interpellation beschränken muß; ich glaube aber anführen zu müssen, daß der ganze Gegenstand nicht vor die Kompetenz dieses Hauses gehört. Der damalige Beschluß bezog sich nur auf die Wahl für dieses Abgeordnetenhaus und kann weiter nicht als Maßgabe für Wahlen zu andern Zwecken gelten. Wenn der Reichstag etwas dagegen auszuweisen haben wird, so wird die Regierung darüber Rade und Antwort fehen. (Bravo rechts.)

Der zweite Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und für Agrar-Verhältnisse über eine Petition, betreffend eine Abänderung resp. Erläuterung, des Gesetzes wegen Regulierung des Abbederewesens vom 31. Mai 1858. Der Antrag der Kommission: „die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen“, wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Bericht des Abg. Vode als ernannter Referent für die Schlussberatung über den von dem Herrenhause an das Haus der Abgeordneten zurückgelangten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Regelung der direkten Besteuerung in dem Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen.

Der Referent beantragt, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) in dem ersten Satz des §. 5. der Vorlage des Herrenhauses zwischen den Worten „erhalten eine“ und „aus der Kasse der hohenzollernschen Lande“ folgende Worte einzufügen: „für die in Abschnitt 11. Nr. 12 der fürstlichen Resolution vom 4. Mai 1848 §. 162 des Verordnungs- und Anzeigeblasses für das Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen gedachten Güter aus der allgemeinen preussischen Staatskasse für die übrigen“; 2) für den Fall, daß entweder die königliche Staatsregierung dem Antrag 1. nicht zustimmt, oder aber falls diese Zustimmung erfolgt, das Haus ihn verwirft: in den §§. 5. und 7. der Vorlage des Herrenhauses an Stelle der Worte: „Kasse der hohenzollernschen Lande“ das Wort „Staatskasse“ zu setzen; 3) falls das Haus den Antrag 11. verwirft: die Vorlage des Herrenhauses unverändert anzunehmen.

Nachdem Abg. Vode seinen Antrag kurz motivirt hat und die Abgg. Dr. Ebert und Schanz gleichfalls für denselben gesprochen, erklärt sich der Regierungskommissarius gegen den Antrag sub 1 und 2, hat aber gegen den dritten Punkt desselben nichts Wesentliches einzunenden. Abg. Vode zieht darauf die beiden ersten Anträge zurück. Man kommt zur Specialdiskussion; es meldet sich jedoch kein Redner zum Worte; sämtliche Paragraphen der Vorlage werden in der vom Herrenhause festgestellten Fassung angenommen, das ganze Gesetz schließlich genehmigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der zweite Bericht der Kommission für das Gemeinwesen über Petitionen. Sub litt. A. liegt eine Petition der Gemeinde von Herrlingen vor auf Redressirung der Ernennung eines kommissarischen Vorstehers, nachdem der dazu gewählte Esken, ein langjährig benachtheteter Beamter der Gemeinde wiederholt nicht befähigt worden und die Gemeinde zu einer andern Wahl nicht zu bringen gewesen war.

Referent Abg. v. Carlowitz beantragt Namens der Kommission, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung in der Absicht zu überweisen, die Regierung zu veranlassen, die Befähigung des Esken zum Gemeindevorsteher nachträglich auszusprechen und so dem mit dem Gesetze nicht zu vereinbarenden, auch sonst unzumuthigen Ausnahmezustand der Berufung eines Auswärtigen zum Vorsteher ein Ende zu machen.

Abg. Jung: Ich erkläre mich mit der Kommission durchaus einverstanden und will nur gegen eine Stelle der Motive Verwahrung einlegen, als ob die Gemeinde durch „Rentenz“ die „Regierung zu Ausnahmebestimmungen“ gezwungen habe.

Der Abg. v. Vinde (Hagen) stellt den Antrag auf Tagesordnung, welcher ausreichend unterstützt wird. Der Antragsteller findet den Kommissionsantrag unkorrekt und gegen die Verfassung laufend, weil er zu weit gegen in den Vorschriften, die er der Regierung machen wolle. Es findet das Verfahren gegen Esken, der bei dem Tode die einfachsten Regeln des Anstandes verlegt habe, gerechtfertigt. (Bravo rechts.)

Abg. v. Bodum-Dolfs: Der Minister des Innern hat oft seine Abneigung gegen die Polizeiverwaltung kundgegeben; er würde also sicher, wenn er hier auf seinem Plage wäre, den Wunsch aussprechen, daß ihm die Petition übergeben werde. (Heiterkeit.) Die Gemeinde Herrlingen hat stets preussische Sympathien und Loyalität gewahrt und man sollte diese Gefühle nicht durch ein solches Verfahren untergraben. Der Tod ist nicht bei einem öffentlichen, sondern bei einem landwirthschaftlichen Fest ausgebrochen worden und der p. Esken kann denselben wohl überhört haben, da er nicht allein sitzen geblieben ist, sondern ganze Reihen. Außerdem aber ist dies Alles erst lange nach der Nichtbefähigung erfolgt und später erst als Grund hervorgeführt worden.

Reg.-Kommissar Wohlers: Das zuletzt Angeführte ist für die Regierung ein vollständiges Novum. Der Herr Minister des Innern hat nie eine Beschwerde über die Nichtbefähigung des Esken erhalten und es ist deswegen korrekt verfahren worden, als nach erfolgloser wiederholter Wahl ein Kommissar ernannt wurde. Es ist daher zu dem Antrag der Kommission kein Anlaß vorhanden. Es wäre korrekt, wenn die Gemeinde jetzt eine Neuwahl vornähme; möglicherweise würde jetzt der p. Esken sogar befähigt werden.

Abg. Gräfer wiederholt die Ausführungen des Kommissars und wendet sich noch kurz gegen die Abgg. v. Bodum-Dolfs und Jung. Man dürfe die Opposition der Gemeinde nicht unterstützen und müsse deswegen den Antrag v. Vinde annehmen.

Nach Annahme des Schlusses der Diskussion folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Bodum-Dolfs konstatirt, daß die erste Nichtbefähigung des Esken 1863 und der besprochene Vorfall im Juni 1864 sich ereignete. Abg. Jung bemerkt gegen den Abg. Gräfer, daß er nur das Verfahren der Polizei gegenüber diesem Vorfall getadelt habe.

Nachdem noch Ref. Abg. Carlowitz den Kommissionsantrag befürwortet hat (Redner ist wegen der großen Unruhe des Hauses durchaus unverständlich) wird der Antrag des Abg. v. Vinde (Hagen) mit 109 gegen 104 Stimmen angenommen.

Es folgen sub Litt. B. 4 Petitionen aus Berlin, Memel und Landsberg, betreffend die Nichtbefähigung unbesoldeter Stadträthe. Dieselben beantragen eine Aenderung des §. 32 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 herbeizuführen, so daß nur noch die Bürgermeister der Befähigung bedürften, resp. die Regierung aufzufordern, in dieser Sache von politischen Erwägungen abzusehen. Ref. Abg. v. Carlowitz. Die Kommission beantragt folgende Resolution:

„Das Haus der Abgeordneten, von der Verwerflichkeit des von der Regierung bei Handhabung des im §. 32 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 ihr zukommenden Befähigungsrechts kommunaler Wahlen befolgt Systems überzeugt, findet gleichwohl, in Betracht, daß die gegenwärtige Regierung, gestützt auf den Vorlaut des Gesetzes, an ihrem System festhält, eine Intervention im Sinne der Petenten, sei es durch Ueberreichung der Petitionen zur Berücksichtigung, sei es durch Ergreifung der Initiative in der Gesetzgebung nicht zeitgemäß, und geht — jedoch nur aus diesem Grunde, über die betreffenden Petitionen, zur L. D. über.“

Abg. v. Vinde (Hagen) stellt den Antrag auf Tagesordnung in Erwägung dessen, daß der Minister des Innern erklärt habe von seinem Rechte fortan einen milderen Gebrauch machen zu wollen.

Abg. Jung stellt den Antrag, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Beide Anträge werden ausreichend unterstützt.

Ref. Abg. v. Carlowitz (wegen der großen Unruhe des Hauses fortwährend unverständlich) empfiehlt kurz den Kommissionsantrag.

Abg. Twesten: Es handelt sich hier um gewichtige Grundlagen der Selbstverwaltung. Während des Konflikts hat der Minister des Innern von seinem Befähigungsrechte wie von einem Kriegsrecht Gebrauch gemacht in einer Weise, wie sie noch nie erlebt worden ist. Nach Ertheilung der Indemnität hat er dann versichert, daß ihm das Wohl der Kommunen sehr am Herzen liege und daß er jetzt eine mildere Praxis einführen wolle. Bis jetzt aber ist davon nichts zu merken. Es ist deswegen bei Beschwerden mit so guten Gründen nicht möglich,

zur Tagesordnung überzugehen; die Motive der Kommission reichen dafür nicht aus und noch weniger die des Abgeordneten v. Vinde.

Abg. v. Vinde spricht für seinen Antrag.

Regierungs-Kommissar v. Boettiger erklärt über die Fälle, die Abg. Twesten angeführt, nicht genügend instruit zu sein, um sie zu bestätigen oder zu widerlegen.

Abg. Jung: Die mildere Praxis, die der Herr Minister des Innern verheißt hat, ist noch nicht durch alle Instanzen nach unten durchgedrungen, deswegen ist der Abg. Twesten durchaus berechtigt gewesen, Fälle zu zitiren, die noch nicht durch alle Instanzen nach oben gegangen sind. Wenn die Regierung, wie sie 1865 selbst zugegeben hat, politische Gründe für die Befähigung entscheiden läßt, so wirft sie selbst das Parteitreiben in das Land.

Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. Birchow: Nichts charakterisirt die Stellung des Abg. v. Vinde hier so gut, als seine Bemerkung, daß bei den Stadtrathswahlen von beiden Seiten gefehlt worden sei, trotzdem das Gesetz darin volle Wahlfreiheit läßt. Es ist dies also ein direkter Angriff gegen die Wahlfreiheit. Die Praxis der Regierung nun dauert so lange, als die Städteordnung besteht; seit 50 Jahren aber war diese Praxis gleich Null; nur der jetzige Minister des Innern hat sie zu einer solchen Blüthe gebracht. Ich habe ihm schon früher einmal klar gemacht, daß dies sehr schädlich ist.

Abg. v. Vinde (Hagen, persönlich): Abg. Birchow hat mich auf Grund einer Aeußerung angegriffen, die ich gar nicht gethan habe.

Abg. Birchow: Abg. v. Vinde hat allerdings erklärt, daß von beiden Seiten bei den Wahlen gefehlt worden ist; ich halte meine Bemerkung aufrecht.

Nachdem Ref. Abg. v. Carlowitz den Antrag der Kommission nochmals empfohlen hat, wird zur Abstimmung geschritten, über den Antrag v. Vinde.

Das Resultat ist zweifelhaft und es wird eine Zählung vorgenommen. Es wird hierauf zur Zählung geschritten, welche ergibt, daß 122 gegen 116 für den Antrag des Abg. v. Vinde gestimmt haben. Abg. v. Vinde beantragt namentliche Abstimmung und sein Antrag wird mit 113 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Kommission wird gleichfalls abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Jung ist das Bureau zweifelhaft; die Zählung ergibt, daß der Antrag mit 121 gegen 112 Stimmen angenommen ist.

Es folgt die Verathung über eine Petition von Louis Ogilvie, Gutsvorstand zu Warffschen, und Genossen, in welcher das Abgeordnetenhaus gebeten wird, behufs der Erlassung einer neuen Kreis- und Gemeindeordnung die Initiative zu ergreifen und so ihnen baldmöglichst zu ihrem Recht zu verhelfen. Berichterstatter Abg. v. Carlowitz.

Die Kommission beantragt: „In Erwägung, daß eine auf einer freisinnigeren Grundlage beruhende neue Kreis- und Gemeinde-Ordnung zwar ein dringendes, von dem Abgeordnetenhaus wiederholt anerkanntes Bedürfnis ist, daß jedoch der Zeitpunkt, wann an diese Gesetzgebung zu legen, in Betracht, daß die neu erworbenen Landestheile zunächst einer Organisation ihrer Verwaltung bedürfen, jetzt noch nicht gekommen sein möchte, geht das Haus über die betreffende Petition zur Tagesordnung über.“

Gegen den Antrag der Kommission nimmt das Wort Abg. v. Gerlach (Sardeggen): Die Petition sei theilweise nicht genügend motivirt, theilweise unbegründet. — „Nach der jetzigen Vertheilung“ heiße es in der Petition, „habe nur der Herr zu gebieten, der Bauer zu gehorchen; und doch habe der Bauernstand verhältnismäßig mehr zu zahlen.“ Auch unsere Minister hätten mehr zu gebieten, als sie Steuer zahlen. Auch zum Norddeutschen Parlament wähle jeder Kopf, an dem ein männlicher Körper ist, obwohl mancher dieser Köpfe sehr viel mehr Steuern zahle als mancher andere. (Anhaltende Heiterkeit.) Die einzige hier angezeigte Tages-Ordnung sei vielleicht nur die: „In Erwägung, daß die Petition nur Unsinns enthält, geht das Haus zur Tages-Ordnung über“, mit Benutzung des Motivs, das der Abg. Twesten in den Gebrauch des Hauses eingeführt hat. Man müsse die einzelnen Lokalbedürfnisse berücksichtigen, die durchaus verschieden seien. Er sei deshalb gegen Erlaß einer neuen Kreisordnung und nur für Fortbildung der alten, was durch besondere prinzipielle Gesetze geschehen müsse. Die Linke möge sich erinnern, daß Art. 3 der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung vom Jahre 1852 nur von der Fortbildung, nicht von der Befreiung der bestehenden Ordnungen spreche. Redner beantragt schließlich die einfache Tages-Ordnung über die Petition.

Abg. Dr. Micheltis (Allenstein) findet die Motivirung des Petenten, obwohl es sich für das Haus nicht um diese, sondern um die Sache handle, einfacher, klarer und verständlicher als diejenige, mit der der Vorredner seinen Antrag begleitet hat; wie denn das Volk in seinem Instinkt so oft das Rechte treffe, namentlich in der Erkenntniß seiner Bedürfnisse. Das Haus möge daher den Antrag der Kommission genehmigen.

Abg. Dr. Lette: Nach der Theorie des Abg. v. Gerlach könnte es gar keine allgemeine, sondern nur noch Lokalgesetzgebung geben. Die Stein-Gardenbergische Gesetzgebung zwingt unvermeidlich zur Einführung einer neuen Kreisordnung, da die Grundlagen unseres Staatslebens noch immer auf den Voraussetzungen des Feudalismus beruhen, während in dem Verfassungsleben der höchsten Sphäre das entgegengesetzte moderne Prinzip des Konstitutionalismus das bestimmende sei. Dieser Widerspruch lähme das Ganze, be-raube die unteren Kreise der Organe zur Förderung der Schule, der Meliorationen und versetze uns in Nothwehr gegen die ungleich reifere Entwicklung der neuen Landestheile. Der Antrag der Kommission sei daher nur zu empfehlen. (Beifall.)

Der Antrag des Abg. v. Gerlach wird darauf abgelehnt und der der Kommission angenommen.

Man kommt zur Verathung über eine Petition von Th. Meß und Genossen zu Köln, welche um Aufhebung der „sogenannten Armen-Abgabe“ bitten, welche eingeführt durch Arrêté vom 7. Februartes Jahres V. der Französischen Republik, beziehungsweise durch Kaiserliches Dekret vom 9. Dezember 1809, von öffentlichen Lustbarkeiten und Schaustellungen in der Form eines Zuschlages zu dem Preise der Eintrittskarten erhoben wird. — Die beiden Abgeordneten von Köln beantragten in der Kommission diese Armen-Abgaben durch ein besonderes Gesetz aufzuheben, und kam auch ein bezüglicher Gegenvorschlag zur Vorlage. Doch hat die Kommission beschlossen, zur Zeit noch von einem solchen abzusehen und beantragt statt dessen: obige Petition der königlichen Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“ Berichterstatter Abg. Roggen.

Abg. Stroher beantragt eine einfache Tages-Ordnung mit Rücksicht auf die von dem Regierungs-Kommissarius in der Kommission abgegebene Erklärung. Zur Befreiung dieser Abgabe sei weder ein Bedürfnis vorhanden, noch sei dieselbe zweckmäßig.

Nachdem der Ref. Abg. Roggen repliziert, wird der Antrag des Abgeordneten Stroher mit 97 gegen 86 verworfen, der der Kommission angenommen.

Abg. Heise beantragt nun die Sitzung zu vertagen. Das Haus tritt dem Vorschlage bei.

Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr (Tages-Ordnung: Genossenschafts-Gesetz und Fortsetzung der heutigen Tages-Ordnung.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Februar. [Eine polnische Universität.] Die Petition des Dr. Mezig um Errichtung einer polnischen Universität in unserer Stadt sollte nach dem „Dz. poz.“ schon am 5. d. M. im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kommen. Wir haben bis jetzt darüber nichts weiter gehört! Ueberwiesen ist sie der Kommission für Schul- und Unterrichts-Angelegenheiten, deren Mitglied, Dr. Libelt, das Referat fürs Plenum übernommen hat. Die Kommission empfiehlt die Errichtung einer Universität für das Großherzogthum Posen mit vorwiegend deutscher Lehrsprache und Beschränkung der polnischen Abtheilung auf polnische und slawische Literatur und Sprache. Der Antrag des Dr. Mezig geht dahin: das hohe Haus wolle der Regierung gegenüber die Nothwendigkeit aussprechen, für die 2,300,000 preussischen Unterthanen, die nicht deutscher Abstammung sind, eine eigne Universität zu errichten. Dr. Libelt hat in seinem Referat hauptsächlich auf die Verhandlungen verschiedener Posener Provinziallandtage und die dort vom Abg. von Gieszkowski gestellten Anträge Bezug genommen. Der Antrag der Kommission ist mit fünf gegen vier Stimmen, welche Uebergang zur Tages-Ordnung wollten, angenommen worden.

[Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 6. d. M.] Eröffnung der Sitzung um 3 1/2 Uhr Nachmittags durch den Vorsitzenden Rechts-anwalt Pilet. Anwesend sind folgende Stadtverordnete: B. H. Asch, H. Asch, Anbersch, Viesefeld, Briske, Czapski, Dahle, Federi, Garvey, Dr. Handke, B. Jaffe, L. Jaffe, S. Jaffe, Jeziorowski, Knorr, Löwinsohn, Lüpke, C. Mamroth, Dr. Matecki, Mäge, C. Meyer, Mägel, Mitykowski, Reimann, Schmidt, Türl, Walther, Wegner. Der Magistrat ist vertreten durch den Oberbürgermeister Geheimrath Naumann, Bürgermeister Koblitz, sowie die Stadträthe Annuß, v. Chlebowski, Mamroth, Dr. Müller, Dr. Samter, Stenzel, von Trestow.

Tagesordnung: 1) Wahl der Mitglieder zu den Sachkommissionen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden gewählt a) in die Rechts-Kommission die Stadtverordneten Eschschke, Wegner, Dr. Matecki, Mägel und Lüpke; b) in die Finanzkommission die Stadtverordneten Knorr, Walther, S. Jaffe, Viesefeld, Breslauer, B. Jaffe, B. H. Asch, Mitykowski, C. Mamroth, Löwinsohn, Briske, L. Jaffe; c) in die Bau-Kommission die Stadtverordneten H. Asch, Viesefeld, Federi, Jeziorowski, Reimann, Schmidt, Schulz; d) in die Schul-Kommission die Stadtverordneten B. Jaffe, Meyer, Garvey, Dr. Matecki, Dr. Wenzel, L. Türl, Mitykowski, Czapski; e) in die Wahlkommission die Stadtverordneten Breslauer, C. Mamroth, Meyer, Dr. Matecki; f) in die Revision-Kommission die Stadtverordneten Walther, C. Mamroth, B. H. Asch. Eine Armenkommission wird auf Antrag des Stadtverordneten C. Mamroth, welcher hervorhebt, daß derselben in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren gar keine Vorlagen gemacht worden, dieselbe also auch keinen Grund habe, zusammenzukommen, nicht gewählt. Der Stadtverordnete H. Schmidt beantragt, eine Gewerbe-Kommission für die Innungen u. z. zu ernennen. Die Versammlung tritt diesem Antrage bei und wählt in die genannte Kommission die Stadtverordneten H. Schmidt, Löwinsohn, Andersch, Mäge, Szepand.

2) Verpachtung des Schauspielhauses. Der Magistrat bringt der Versammlung ein weiteres Pachtverhältnis auf 3 Jahre mit dem Theater-Direktor Keller in Vorschlag und theilt hierbei zugleich mit, daß auch der Schauspiel-Direktor Kulland aus Bromberg das Stadttheater zu pachten wünsche. Der Magistrat giebt dem Pachtverhältnis mit dem Direktor Keller den Vorzug und hat dem Direktor Kulland einen abschließigen Bescheid ertheilt. Da Letzterer jedoch nochmals eingekommen ist und über seine Leistungen die rühmlichsten Zeugnisse aufweist, sich auch bereit erklärt, jede beliebige Kaution zu stellen, so beschließt die Versammlung, die Angelegenheit einer gemischten Kommission zu übertragen, welche derselben näher treten soll. Seitens der Versammlung werden in diese Kommission die Stadtverordneten Viesefeld, B. Jaffe und Mitykowski gewählt.

3) Anlegung der Wasserleitung im Rathhause, im Stadttheater, in der Realschule, im Krankenhaus. Dieser Gegenstand hat bereits eine längere Vergangenheit, kann aber auch diesmal nicht erledigt werden, da der erforderliche Bericht von der Finanzkommission, welcher die Angelegenheit zur Erwägung zugegangen, nicht eingelaufen ist.

4) Lieferung des Heues und Strohes für die Marstallpferde. In der Sitzung vom 19. Dezember v. J. wurde der Versammlung das Resultat einer Licitazion behufs Lieferung des Heues und Strohes für die Pferde des städtischen Marstalls vorgelegt und dieselbe um Ertheilung des Zuschlages an den Mindestfordernden ersucht. Die Versammlung wies damals in Ansehung der hohen Preise für die Lieferung die Ertheilung des Zuschlages zurück und forderte den Magistrat auf, die Lieferung im Wege der Submission zu beschaffen. Der Magistrat hatte dazu den 10. Januar c. festgesetzt. Von verschiedenen Seiten gingen schriftliche Offerten ein, die jedoch keine günstigeren Preise erzielten.

Der Mindestfordernde ist der Lieferant B. Kempner, mit 1 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf. pro Ctr. Heu u. 7 Thlr. pro Schock Stroh, dem die Versammlung schließlich den Zuschlag ertheilt.

5) Wahl eines Schiedsmannes. Der Stadtverordnete Lüpke wird auf Vorschlag der Kommission für den neunten Bezirk wieder gewählt.

6) Betreffend den Abbruch der Handelsbude links am Eingange des Rathhauses. Am 28. Januar c. hat der Magistrat die Handelsbude links am Eingange des Rathhauses auf die Zeit vom 1. April c. bis 1870 gegen einen jährlichen Mietzins von 100 Thlr. weiter vermiethet und ersucht um die Genehmigung der Versammlung hierzu. Dabei wird jedoch bemerkt, daß die Bude bereits in einem sehr desolaten Zustande sich befindet, so daß entweder eine Reparatur von alljährlich ca. 30 Thlr. oder ein Neubau von ca. 200 Thlr. nothwendig werde. Aus der Versammlung wird darauf beantragt, die Bude, um die Fassade des Rathhauses allmählich frei zu bekommen, jetzt sofort abzubauen. Nach kurzer Diskussion nimmt die Versammlung den Antrag an.

7) Betreffend die Errichtung der vierklassigen Bürgerschule. Die Schulkommission beantragt, die Angelegenheit noch so lange zu vertagen, bis eine von einer niedergelegten gemischten Kommission verfertigte Vorlage eingegangen sei. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Zum Schluß wird vom Vorsitzenden ein Antrag der Finanzkommission mitgetheilt, dahingehend: die Versammlung möge den Magistrat um Auskunft darüber ersuchen, wie der Dienst resp. die einzelnen Geschäftszweige in den verschiedenen Magistrats-Bureaus zur Vertheilung kommen. Von mehreren Seiten wird beantragt, zur Tagesordnung überzugehen; nachdem Mitglieder der Finanz-Kommission jedoch erklärt haben, daß es sich durchaus nicht um irgend welche Eingriffe in die Rechte der Verwaltung, sondern einfach um Information handle, so wird der Antrag angenommen.

Es wird ferner ein Schreiben des Abgeordneten, Regierungsrath Krieger, über die Eisenbahn-Angelegenheit mitgetheilt, nach welchem diese erwünschte Fortschritte macht. Das Nähere hierüber hat diese Zeitung schon zur Mittheilung gebracht. — Ein vom Stadtverordneten Breslauer eingegangenes Schreiben, seinen Austritt aus dem Stadtverordnetenkollegium motivirend, überweist der Vorsitzende der Rechtskommission zur Begutachtung.

Hiermit schließt die öffentliche Sitzung um 5 Uhr Nachmittags. Die persönlichen Angelegenheiten werden in geheimer Sitzung berathen.

— Im „Diennik poz.“ lesen wir folgende Berichtigung des Herrn Propstes Dr. v. Prusinowski in Grätz: „Da der Korrespondent des „Dz. poz.“ die Ursache der Krankheit, mit der mich Gott heimgesucht, der von der geistlichen Behörde geschehenen Anordnung deutscher Predigten in Grätz, wo dazu kein Bedürfnis vorliege, zugeschrieben hat, so erkläre ich:

1) daß in Grätz seit fast zwei Jahrhunderten deutsche Predigten gehalten worden sind und das Bedürfnis danach bis heute nicht aufgehört hat.

2) daß der Propst Prusinowski mit dem Kirchen-Kollegium und den deutschen Katholiken gemeinsam sich bei geistlichen und weltlichen Behörden durch alle Instanzen darum bemüht haben, daß diese aus den bei der Kassation der Klöster säkularisirten Fonds dotirten Predigten auf geeignetem Wege wieder eingeführt würden. Grätz, 5. Februar 1867. Prusinowski.

— [Theater] Der „Troubadour“ von Verdi, mit Roger als Troubadour, bewies am Dienstag die alte Anziehungskraft.

Der interessante Vergleich, welchen wohl jeder Zuhörer zwischen Roger und Carion, der im vorigen Jahre wiederholt in diesem Bühnenwerke auftrat, machen wird, zeigt so recht, wie verschieden die individuelle Fassung einer und derselben Rolle sein kann, und wie die Macht genialer Kraft Mittel genug hat, auf verschiedenen Wegen der Kunst zu dienen. Daß die Darstellung Rogerschen Gestalten Alles überragt, was in den letzten Jahren an unserer Bühne geboten wurde, ist unzweifelhaft. Es würde gewiß dem Wunsche vieler Theaterfreunde entsprechen, wenn die Oper mit der jetzt sehr guten Besetzung, von den Nebenrollen ist freilich zu abstrahiren, eine Wiederholung erlebte. Ueber Fräul. Aurely, welche die Leonore mit außerordentlichem Erfolg sang, behalten wir uns bis dahin eine eingehende Besprechung vor.

— Die in der Sylvesternacht durch den Militärposten in einem der Schießstände vor dem Warschauer Thore vergrabenen, aufgefunden. Dieselben befanden sich in Papier gewickelt in einem Kistchen, welches ebenfalls mit einer Papierhülle umgeben war, von welcher eine Ecke aus der Erde hervorgetrag und hierdurch zur Entdeckung führte. Der Soldat begab sich mit seinem Bunde

alsbald nach der Wache, wo der gerade anwesende Offizier da jour die Papiere als das Eigenthum des Herrn Generals erkannte und sie diesem sofort überbrachte.

Der sonst um 4 Uhr Nachmittags hier eintreffende Güterzug langte gestern erst um 5 Uhr 20 M. an. Die Verspätung erfolgte dadurch, daß die Maschine des Zuges 1/2 Meile vom Bahnhofe entfernt defekt wurde und dies erst durch einen Boten hierher gemeldet werden mußte, in Folge dessen eine Maschine zur Einholung des Zuges abgesandt wurde. Gleich hinter dem Güterzuge folgte der Personenzug, welcher sich durch diesen Vorfall ebenfalls um ein Bedeutendes verspätete.

[Rohheit.] Gestern gegen Abend wurde am Markte durch die Droschke Nr. 3 ein taubstummer, ca. 14 Jahre alter Knabe überfahren. Obwohl derselbe glücklicherweise keine Verletzung erlitten, so erhielt er doch, als er sich erhob, vom dem Droschkentreiber noch mehrere Peitschenhiebe. Wir wollen hoffen, daß dem Letzteren seine gerechte Strafe zu Theil werde.

[Schlägerei.] Am 6. d. Mts. Nachmittags entspann sich in der Jänisch'schen Schänke in der Breitenstraße zwischen Speicherearbeitern und Schiffen eine heftige Schlägerei, die später mit Steinen, Knütteln und Messern auf der Straße fortgeführt wurde und erst endete, als die Polizei zwei der Mädelshändler verhaftete. Ein Schiffer ist hierbei erheblich verletzt worden.

* Schroda, 6. Februar. Der von unseren Stadtverordneten zum Bürgermeister gewählte ehemalige Translatenr Wisniewski hat die Bestätigung der Königl. Regierung erhalten. Er hat die Sympathie der Deutschen wie der Polen für sich.

Vermischtes.

* Wend (bei Stolberg), 23. Jan. Gestern ereignete sich in unmittelbarer Nähe ein großer Unglücksfall. Fünf Männer, darunter Vater und Sohn, Namens Bauer, waren zum Wildern ausgegangen, um einem Eber beizutreiben, der ihnen das Kornfeld verwüsthete hatte. Durch die Dunkelheit irre geführt, verirrte der Sohn endlich den Eber in Sicht zu haben, drückte los und erschoss — seinen Vater. Der Thäter hat sich gleich dem hiesigen Gerichte freiwillig gestellt.

* Theodor Körner. Als ob uns der letzte glorreiche Feldzug in so vielem an die Befreiungskriege erinnern sollte, hat ihn auch ein — Theodor Körner mitgemacht. Zwar verband er nicht, wie sein berühmter Namensvetter, die Feier mit dem Schwert, aber er verstand ebenso wacker zu kämpfen und hielt als Kanonier der 1. schupfändigen Batterie des Garde-Artillerieregiments in dem Artilleriefeld bei Sohr, in dem die österreichischen Kanonen den unsern an Zahl vierfach überlegen waren, tapfer aus. Unserm Körner wurde das Stangenpferd unter dem Leibe getödtet, und ein tödtlicher Granatsplitter, der ihn verletzten für immer verstümmen machte, traf nur seine Stirn, zermeterte ihn völlig das Gesicht und verletzten ihn wenigstens mündlich zu machen. Dem Namensvetter unseres Sängers wurde auch nicht nur das Essen, sondern auch das Sprechen verleidet und in seiner Noth wandte er sich auf dringendes Anrathen seiner Ärzte an den Zahnarzt Dr. Bloß in Berlin, der sich bereitwillig erbot, die verwundeten Kiefer unentgeltlich zu behandeln. Mit allem Aufwande an Geld und Geschicklichkeit gelang es Dr. Bloß durch seine Kunst, dem Unglücklichen seinen Verlust vollständig zu ersetzen. Theodor Körner, der früher keinen kräftigen Bissen genießen und seinen Laut hervorbringen konnte, in dem man sein geliebtes Deutsch wieder erkannte, ist, spricht und trinkt jetzt wieder ganz tadellos und da ihm nicht, wie seinem gefeierten Namensvetter, die Gabe des Gesanges zu Gebote steht, so ist ihm sein wiederhergestelltes Mundwerkzeug um so mehr zu gönnen, damit auch ihm auf seine Weise gestattet ist, zu sagen was er leidet.

* In der Schweizerischen Gemeinde Beterne im Chablais hat sich in Folge starker Regengüsse ein ca. 35 Hectaren umfassendes Stück Erdboden in Bewegung gesetzt, wodurch das Dorf Plania vollständig in zwei Hälften getheilt ist. Viele Häuser sind durch diesen Erdrutsch in Trümmer gelegt, eine Menge Bäume und andere Gegenstände in dem Abgrunde, der sich gebildet hat und in welchem schwarzes Wasser einherbraust, verschwunden. Auch das Bett des dort fließenden Baches hat sich vertieft und wälzt in seinem zu einem Strom gewordenen Gewässer dunkle Erdmassen einher. Letzten Nachrichten nach ist die Erde noch immer in Bewegung, so daß noch größere Verheerungen drohen. Die Behörden haben sich an Ort und Stelle begeben, um zu untersuchen, was zu thun ist, und weiteres Unheil abzuwenden. In den 20er Jahren hat sich in dortiger Gegend ein ähnliches Unglück, jedoch von nicht so großen Dimensionen, ereignet.

Telegramme.

Berlin, 7. Februar. Die Kommission des Herrenhauses stimmte dem Amendement Bonin in der Eisenbahnleihe bei.

Karlsruhe, 7. Februar. Der Großherzog konferirte gestern mit dem Minister Fürst v. Hohenlohe.

Wien, 7. Februar. Die Angaben über Erneuerungen des ungarischen Ministeriums sind verfrüht. Daß trifft heute in Folge kaiserlicher Berufung hier ein.

Es heißt am Heil der Menschheit sich betheiligen, wenn man den Kranken Heilung, den Lebensschwachen Stärkung, den Verschmachtenden Labung und Erquickung darreicht, wie dies geschehen durch die Darreichung des Hoff'schen Malz-extrakt-Gesundheitsbiers und der Hoff'schen Malz-Gesundheits-Chokolade.

Im Jahre 1864 während des dänischen und 1866 während des deutschen Krieges haben die königlichen Lazarethe — mehrere hundert an der Zahl, wenn wir die Privatlazarethe für verwundete und kranke Krieger noch hinzufügen — vorzugsweise die Hoff'schen Malzheilmittel, namentlich das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier und die Hoff'sche Malz-Gesundheits-Chokolade als ausserwählte und längst bewährte Heilmittel angewandt. Die Kranken, deren Leben gefährdet war, da, wo ausgebreitete Eiterungen alle Kraft aufzehrt, sie fanden Stärkung und Erquickung, erholten sich zusehends und begehrt diese Malzfabrikate mit größter Begehrtheit. Die Ärzte hatten übrigens längst Kenntniss von diesen, die zerstörte Gesundheit wieder aufbauenden Fabrikaten. Hatten doch über zweitausend derselben notorisch am Krankenbette ihrer Patienten jene Präparate verordnet und freudigst die gute Wirkung durch die Genesung der Leidenden wahrgenommen und offen fundgegeben. Hatten doch Könige und Fürsten schon lange vorher durch Hoflieferanten-Präparate den Fabrikanten ausgezeichnet! Wir begnügen uns heute, eine Reihe von königlichen Lazarethen und Kommissen zu nennen, die von den Malzheilmitteln des Hoflieferanten Johann Hoff zu Berlin (Neue Wilhelmstraße Nr. 1) Gebrauch gemacht und deren Heilkraft erprobt haben.

Privatlazareth Sr. Excellenz des Staatsministers a. D. Hrn. v. Elsner in Adelsdorf bei Bayreuth in Schlesien. Kgl. Reserve-Lazarethkommission — Angermünde (Inspektor Berg). Kgl. Lazareth-Verwaltung — Baugen (H. Hillemann). Preussischer Volksverein — Berlin (Born). Lazareth der Kaiserlichen Akademie — Berlin (v. Merlag). Militär-Lazareth der Kaiser Franz-Kaserne in der Pionierstr. — Berlin (Polizeirathin v. Lessig; Frau v. von Koon). Central-Kommissen des preuss. Vereins zur Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger (v. Wolff). Garde-Füsilier-Lazareth, Chausseestraße — Berlin (B. v. Hake). Lazareth des Frauenvereins, Köpenickerstraße 167. — Berlin (Loni Voigt). Heilanstalt des Frauen- und Jungfrauenvereins — Bernau (Ch. Wartenberg). M. Hube. M. Richter. M. Frisch. M. Garleb. M. Bessel. E. Borchert). Lazareth — Beuthen (Schweizer Angelika, Oberin). Garnison- und Reserve-Lazareth — Breslau (Dr. Meinede, Oberstabsarzt). Kgl. Lazareth-Kommission — Bromberg (Kantelmann. Ed. v. Corff. H. Jacoby). Lazareth des Königin Elisabeth-Vereins (Landrathin v. Reichenbach, geb. Frein v. Rothkirch-Trach). Lazareth des Prinzen Albrecht und Lazareth der Prinzessin Marianne von der Niederlande — Schloß Camenz b. Frankenstein (Oberarzt Dr. Sandreczy). Lazareth des Samariterstifts zu Graßnitz bei Wittich (Graf v. d. Rede-Volmerstein). Kgl. Lazareth-Kommission — Dirschau (Sanitätsrath Dr. Preuß). Königl. San.-Verein zur Verpf. verwund. und kranker Soldaten — Dresden (M. Schmidt & Co.). Lazareth zu Kitzsch (v. Brandt, Rittmeister in Dresden b. R.). Kgl. Lazarethkommission in Glesburg (v. Becque-lin. Dr. Wenzinger). Lazareth des Grafen v. Pilati zu Schlegel in der Grafschaft Glatz. Lazareth des Grafen Rudolph zu Solms-Laubach, königlich preuss. Oberst a. D. und Rechtsritter des St. Johannis-Ordens. Lazareth zu Rathenow (L. Kleist. v. Bornstedt — Hohenhausen bei Rathenow). Königl. Reserve-Lazareth-Kommission zu Jauer (C. Wichmann. Schönermark, Rendant, Striegauerstraße 33). Kgl. Lazareth-Kommission, Ritterhof (Fitzke, Inspektor). Bahnhof-Lazareth — Königinhof (Oberarzt, Freiherr von Schlegel). Haupt-Depot für die Verwundeten in der Provinz Sachsen — Magdeburg (Wittge, Major z. D., Delegirter des Königl. Kommissarius Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode Excellenz). Reserve-Lazareth-Kommission — Münsterberg (Prem.-Lieutenant Petersen, Dr. Langsch, Chefarzt, Dr. Schneider, Kreisphysikus, Grim, Ober-Inspektor). Königl. Reserve-Lazareth-Kommission — Neudruppin (von Schroetter, Oberst-Lieutenant, Dr. Schulze, prakt. Arzt, Kammer, Lazareth-Inspektor). Heil-Anstalt des Königl. Landraths Herrn v. von Knebel-Doberitz, Neumarkt in Schle. (Sanitätsrath Dr. Woll). Kommando der 1. pfundigen Batterie, 1. Garde-Inf.-Division — Prag (verantl.

von Frau Marie von Reubell). Reserve-Lazareth — Pasewalk (von Roggenbusch, Inspektor). Komité zur Pflege Verwundeter zc. Schwedt a. D. (Dr. Wolff). Johanniter-Ordens-Krankenhaus — Sonnenburg bei Küstrin (E. von Behr). Komité zur besseren Pflege Verwundeter zc. Sorau (E. v. H.). Königl. Lazareth-Inspektor, E. M. Müller i. A.). Königl. Reserve-Lazareth Sprottau (Hoffmann, Lazareth-Rechnungsführer). Königl. Invalidenhaus Stolp (Dr. Weinschenk, königl. Oberarzt). Königl. Reserve-Lazareth-Kommission — Wahlstatt (Meinhart, Oberstlieutenant a. D., Dr. Ballerstad, Oberstabsarzt, Rogahn, Rendant). Königl. Reserve-Lazareth-Kommission — Wriezen (von Gordon, Oberstlieutenant, von Lutzmann, Assistenzarzt a. D.) zc. zc.

Nur solche ekklatante Empfehlungen, nicht aber die einzelnen ärztlichen Atteste, so hoch sie auch anzuschlagen sind, stempeln schon ein Fabrikat zu einem Heilmittel von europäischer Bedeutung. Nur wo Ertheilungen von Hofpräsidat und Preismedaillen auf Grund der Erzeugnisse eingetretten sind, nur dort findet das Publikum die erforderliche Bürgschaft, daß es etwas wirklich Werthvolles erhält, nicht aber im Eigenlob, in Veröffentlichung erdichteter Auszeichnungen oder wohl gar in Schmähung des fremden Produktes. Die Heilwirkung der Hoff'schen Malzfabrikate ist erwiesen: der durch sie zur Genesung Gelangte zollt ihnen dankbar seine Anerkennung, indem er sie allen ähnlich Leidenden weiter empfiehlt.

Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten Hoff'schen Malzfabrikaten: **Malz-Extrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons zc.**, halten stets Lager in Posen die Herren **Gebr. Plesner**, Markt 91., und **Herrmann Dietz**, Wilhelmstraße 26.; in **Wongrowitz Herr Th. Wohlgenuth**.

Angelommene Fremde

vom 7. Februar.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Böhm aus Viegisch, Strom aus Stettin und Lewy aus Breschen, Inspektor Solzer aus Wongrowitz Hauptmann Glarius aus Slogau, Oberamtmann Heywald aus Baugheim.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Kurnatowski aus Pajorowo, Gutsbesitzer v. Poninski aus Komornit.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Koperski aus Stegocin, Rendant Lehmann aus Salske.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Sallinger aus Breslau, Bertelsmann aus Bielefeld, Philippsohn aus Magdeburg, Baer aus San Francisco, Frankenstein aus Berlin und Koch aus Reims, Mühlenbesitzer Thun aus Freudenau, Domänenpächter Scholz aus Bythin, Administrateur Kier aus Parnowo, die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Wierzonja, Richter aus Ciesle, Matthes aus Janowice und Frau Nagelow aus Poczynowice.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Cohn aus Breslau, Hed aus Hamburg, Knapst aus Nürnberg, Brud aus Berlin, Becker aus Stettin und Löser aus Offenbach, die Rittergutsbesitzer v. Szafowski aus Tullis, Kennemann aus Klenka, v. Tempelhof aus Dombrowo und v. Nitsche aus Alt-Bogen, Oberamtmann Walz aus Gora.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Wiltonski aus Morici und Graf Solkowski aus Niechanowo, Gutsbesitzer Dptg aus Lowencin, Rentier Bajewski aus Bromberg, Landwirth Wantrich aus Breslau, die Fabrikanten Krüger und Walte aus Cottbus, Kaufmann Ambacher aus Breslau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Bojanowski aus Arzetowice, Graf Poninski aus Breschen, v. Szczaniecki aus Kamin, Graf Wninski aus Smachowo, Graf Wninski aus Paniatkowo, v. Mielowski aus Madewo und v. Topinski aus Russocin, Architekt Herbig und Oberbaurath Mooré aus Berlin, Kaufmann Degen aus Stettin.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Roszugi aus Magnufewice, Bayer aus Golenizmo, Hoffmeyer aus Kromit und Petril aus Chiby, die Gutsbesitzer Hoffmeyer aus Dorf Schwerin, Burghardt aus Gortatowo und Hildebrandt aus Czerleino, Gutsbesitzer Morgenstern aus Starzyn, Kaufm. Henschel aus Morasok, Rient. Dreising aus Breslau.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Bakt aus Pofabowo, Graf Kwieciński aus Dobrowo, Gynniowski aus Piotrowo und Zycklinski aus Largowa Gortatowo.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Heime aus Jabloni, Probst Kubiński aus Kistowo.

EICHNER'S HOTEL. Die Kaufleute M. Heimmann aus Solanczewo und A. Heimmann aus Bielehne, Schauspieler Ernst aus Magdeburg, Wirthsch. Inspektor Bock aus Posen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung des Abraupens der Bäume betreffend.

Mit Geldbusse bis zu 20 Thlr. oder Gefängnisstrafe bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer im Frühjahr das rechtzeitige Abraupen der Bäume unterläßt. (S. 347. Nr. 1. des Straf-Gesetz-Buchs).

Unter Hinweis auf diese Verordnung werden die Herren Gartenbesitzer der Stadt und Umgegend, so wie alle Besitzer von Baum-Anlagen und Alleen aufgefordert, das Abraupen der Bäume und Sträucher in ihren Anlagen und Besitzungen bis zum 10. April cr. bewirken zu lassen.

Posen, den 5. Februar 1867.
Die Königl. Polizei-Direktion.
Strom.
J. B.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der Königl. Regierung zu Posen, wird

am 19. Februar d. J.

Nachmittags 4 Uhr

die Chausseegelverhebung der Gehelethe **Ruchowice** auf der Stetzemo-Ballidauer Provinzial-Chaussee in meinem Amtsfloale auf drei Jahre, vom 1. April 1867 ab bis dahin 1870, öffentlich in Pacht ausgeschrieben werden.

Zu diesem Termine lade ich Pachtlustige mit dem Bemerkten ein, daß nur disponitionsfähige Personen gegen Niederlegung einer Bietungs-Kaution von 100 Thlr. zur Theilnahme an der Verpachtung zugelassen werden und daß sich die Königl. Regierung zu Posen die Ertheilung des Zuschlages an einen der drei Bestbietenden vorbehält.

Die Verpachtungsbedingungen können während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Wollstein, den 29. Januar 1867.
Der Königl. Landrath.

Handels-Register.

Die in unserm Firmenregister unter Nr. 237. eingetragene Firma **K. Bogelsdorff** zu Posen ist erloschen und im Register heute gelöscht.

Posen, den 1. Februar 1867.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Proklama.

Das zum Nachlasse der **Sigmund Gottlob und Dorothea Elisabeth geb. Ottow-Miniak'schen** Eheleute gehörige, zu **Kähme** unter der Hypothekennummer 54/51. belegene, circa 76 Morgen 102 □ Ruthengroße und auf 2474 Thlr. 5 Sgr. taxirte Grundstück soll auf Antrag der Erben im Wege der freiwilligen Subhastation

am 28. März 1867

Nachmittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle öffentlich ausgeschrieben und an den Meistbietenden unter Vorbehalt des Zuschlages Seitens des obervermündlichen Gerichts verkauft werden.

Die Kaufbedingungen und der Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden.

Birnbaum, den 12. Dezember 1866.
Königliches Kreisgericht.
II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Das zu **Wogasen** sub Nr. 366. am neuen Markte belegene, zum Nachlasse der Wittwe **Amalie Schramm** gehörige Grundstück, womit eine Fäberei verbunden, und welches auf 5304 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. abgeschätzt ist, soll unter den in unserem Bureau II. einzusehenden Bedingungen

am 8. März 1867

Nachmittags 11 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der freiwilligen Subhastation verkauft werden.

Wogasen, den 9. Januar 1867.
Königliches Kreisgericht.
II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht Schroda, Erste Abtheilung.

Das dem **August Eichhorst** gehörige, in **Sokolnitz giazdomskie** unter Nr. 1. belegene Bauerngut, abgeschätzt auf 10,017 Thlr. 25 Sgr. zufolge der nicht Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll

am 17. Juli 1867

Nachmittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem

Proklama.

Nieruchomośc do pozostalości **Zygmunt Boguchwała Miniak** i żony jego **Doroty Eizblyt z Ottow** należąca, w **Kamionie** położona pod numerem hipotecznym 54/51., około 76 mórg 102 pretów kwadratowych obejmująca i na 2474 tal. 5 sgr. oszacowana, na wniosek successorów w drodze dobrowolnej subhastacji na dzień

28. Marca 1867

o godzinie 11.

w sądzie naszym publicznie najwięcej, dajacemu ma być sprzedana pod zastępczeniem przybycia prezes sąd nadopiekunczy.

Warunki kupna i wykaz hipoteczny w registraturze naszej przejrane być mogą.

Międzychód, dnia 12. Grudnia 1866.
Królewski Sąd powiatowy.
Wydział II.

Bekanntmachung.

Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden. Die dem Aufenthalte nach unbekannte Real-Interessentin **Wittwe Rosamunde Menzel**, früher zu **Schrimm**, wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Schroda, den 31. October 1866.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Schrimm, I. Abtheilung.

Schrimm, den 26. Januar 1867.
Das der Frau **Florentine v. Keszyska** adjudicirte Rittergut **Bloisewo** nebst dem Vorwerke **Barbark**, abgeschätzt auf 85,241 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf. zufolge der nicht Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll

am 16. September 1867

Nachmittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei Gericht zu melden.

Aufgebot.

Die Ehefrau **Dorothea Pohlmann** geborene **Nesche** zu **Nymadowo**, hat gegen

ihren Ehemann, den Wirthschafter **Rudolph Pohlmann**, Klage auf Trennung der Ehe wegen bösslicher Verlassung erhoben. Derselbe wird deshalb aufgefordert, sofort zurückzufehren und spätestens in dem auf

den 3. April 1867

Nachmittags 10 Uhr

vor dem Kreisrichter Herrn **Weinhardt** in unserm Instruktionszimmer angelegten Termine sich zu melden, widrigenfalls auf den weiteren Antrag der Klägerin die Ehe getrennt wird. Gesehen, den 1. December 1866.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

Öffentliches Aufgebot.

Königliches Kreisgericht zu Posen. Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 24. Dezember 1866.
Ein von dem Wirthschaftsbesitzer **Karl Huhn** aus Lomencin zu Posen den 20. Januar 1863 an die Ordre des **Karl Maas** ausgestellt und auf der Rückseite mit dem Manco-Giro des **Karl Maas** versehenen trockenen Wechsel über 49 Thlr., zahlbar am 15. April 1863, ist verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird aufgefordert, denselben spätestens in dem

am 23. Mai 1867

Nachmittags 11 Uhr

vor dem Herrn Kreisrichter **Kohl** im Instruktionszimmer Nr. 13. anstehenden Termine vorzulegen, widrigenfalls der Wechsel für kraftlos erklärt werden wird.

Fußleidenden!

Auf vielseitiges Ersuchen von nah und fern, und um recht vielen in meiner so allgemein anerkannten Weise zu nützen, bin ich genehm, noch bis Dienstag d. 12. d. M. hier in **Mythus Hotel** für Fußleidende zu verweilen. Von 10 - 5 Uhr, Zimmer 19. 2. Etage.

Elise Kessler,

Fußärztin aus Berlin.

Ein anständiges Mädchen, welches das Cigarren-Sortiren erlernen will, wobei sie bis zu 2 1/2 Thlr. die Woche verdienen kann, findet Aufnahme bei

J. M. Friedlaender,

Markt 54.

Die Herren Mitglieder der Kaufmännischen Vereinigung werden beauftragt der Neuwahlen für die statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes zu einer ordentlichen General-Versammlung

auf Donnerstag den 14. d. M.

Nachmittags 3 Uhr

im Börse-locale hierdurch eingeladen.

Posen, den 5. Februar 1867.

Der Vorstand

der Kaufmännischen Vereinigung.

Möbel- u. Auktion.

Freitag den 8. Februar, Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im Auktionslokal, **Wagazinstr. Nr. 1.** Sophas, Chaiselounges, Bettstellen, Küchenspinde, Depostorien, Kleidungsstücke, eine Partie guten **Pecor-Ther** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Auktions-Kommissar.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Die Restbestände des zur **J. K. Wolfram'schen** Konkursmasse gehörigen Cigarren- und Tabaklagers werden, um schnell zu räumen, **Wollschel Nr. 3.** zu sehr billigen Preisen verkauft.

Heinrich Grunwald,

ger. Konkursmassen-Verwalter.

Pensionat.

Knaben mosaischen Glaubens, welche das Landsberger so berühmte Gymnasium besuchen sollen, finden daselbst in einer sehr anständigen jüdischen Familie freundliche Aufnahme und wird für die liebevollste Aufsicht, sowie einen guten Tisch Sorge getragen.

Nähere Auskunft in d. Exp. d. Bl.

Rothen Klee in beliebigen Quantitäten kauft

E. F. Knappe,

Baderstraße 11.

(Beilage).

Noth- und Weißklee kauft zu höchsten Preisen
S. Calvary, Breitestraße 1.

Preisverzeichnis für 1867

der Sämereien letzter Ernte, selbst erbaute, für Keimfähigkeit garantiert vom Dom.

Dzięczyn bei Punitz.

1. Pohls Riesenrübe	I. Sorte à Ctr. 22 Zhlr., à Pfd. 7 Sgr.	
2. Riesenrübe, in die Erde wachsend	20	6 1/2
3. Leutenwiger Riesenrübe	20	6 1/2
4. Schwarze Rübe zum Einmachen	—	8
5. Weiße grünpfropfige Mohrrübe	—	8
6. Mothe Riesenmöhre Dzięczyner	—	10
7. Gelbe Salfelder Mohrrübe	—	8
8. Feldkraut, großes spätes	—	1 1/2 Zhlr. à 2 Sgr. — Pf.
9. Blutrothes Kraut zu Salat	—	2
10. Welschtraut	—	2
11. Riesenfenchel	—	1
12. Unterriiben	—	15 Sgr.
13. Oberriiben	—	2
14. Salfamen (Pringentopf)	—	2
15. Kettigamen	—	3
16. Gurken, lange grüne	—	1
17. Kürbis, große (Centner)	—	8
18. Spinat	—	1
19. Wurzel-Petersilie	—	1
20. Majoran	—	1
21. Sauerampfer	—	3
22. Blauer und weißer Mohr	—	6
23. Gelber Senf	—	6
24. Spargelpflanzen, Riesenpargel	—	à Schock 7 1/2
25. Zwergerbse	—	à Pfd. 6
26. Zuckererbsen	—	à Stück 1
27. Gorginen	—	2
28. Sellerie	—	2
29. Porree (Winter)	—	2
30. Zwiebelsamen	—	2
31. Blumenamen, verschiedene Sorten, Portion	—	à Stück 5 Sgr. bis 10 Sgr.
32. Kofa-Magdenbäume	—	à Stück 7 Sgr. 6 Pf.
33. Aepfelbäume	—	—

R. Goepfner.

Sämereien
unter Garantie der Keimfähigkeit und Echtheit der Sorten, empfiehlt den Herren Gutsbesitzern und Wiederverkäufern, welche baldigst ihren Bedarf entnehmen, zu Vorzugspreisen.
Geschäft: Berlinerstr. Nr. 13, Posen.

A. Fleissig,
Kunst- und Handelsgärtner.

Riesen-Munkelrüben-Samen
in gelber und auch weißer Sattung, den Scheffel zu 7 1/2 Zhlr., die Wiege zu 15 Sgr., verkauft
C. Heinze, Vorwerksbesitzer in Klede.

Decorationen mit Topfgewächsen
zu Ballen, Hochzeiten u. Leichenbegängnissen etc. empfiehlt sich mit eigens für diesen Zweck angekaufter Drangerie billigst.
Geschäft: Berlinerstr. 13., Posen.

A. Fleissig,
Kunst- und Handelsgärtner.



Am 25. März 1867 Vormittags 11 Uhr findet zu **Brood** in Worpommern die zweite Auktion der aus Stämmen **Cuquot** und **Baillean** hier gezüchteten einjährigen **Rambouillet-Böde** statt. Die Thiere zeichnen sich durch Tüchtigkeit und Dichtigkeit der Wolle, sowie große und schöne Staturen besonders vorteilhaft aus.

Vid. Deutsches Heerbuch von Settegast und Krodes. Das französische Merinoschaf von Dr. Rohde.
Den Thieren sind die Schuppen geimpft.
Brood, den 20. Januar 1867.

H. Freiherr von Seckendorff.
Brood ist von Antlam 4 1/2 Meile, der Poststation Clempenow 1 1/2 Meile.

• Trepow a. d. Toll 2 Meilen,
• Demmin 2 Meilen,
• Jarmen 1 1/2 Meile
entfernt.

Eine braune Jagdhündin ist Schloßstraße 5. zugefahren.



Petroleumlampen

von 5 Sgr. an bis zu 15 Zhlr. pro Stück empfiehlt

Posen, Friedrichsstr. 33. H. Klug.

Petroleum, Quart 7 Sgr., Dochte und Cylinder ebenfalls vorrätig
Reparaturen und Änderungen werden prompt bewirkt.
Für Gutsbesitzer empfehle **Brenner-Lampen und Stall-Laternen** zu Petroleum und Ligroine zu Wunderlampen.

Auf dem Dom. **Welna** liegen eine neue und drei gebrauchte Mühlenwellen zum Verkauf. Hieran Reflektierende wollen sich bald melden.

Bei Gelegenheit der Eröffnung unseres **Detail-Verkauf-Lokals** **Wilhelmsstraße Nr. 8.** empfehlen wir ganz Vorzügliches in

Cigarren

und zwar:	pro mille
El Tulipan	10 Zhlr.
La Pura	12 1/2
El Rodriguez	15
El Vapor	16 1/2
Nuevo Patria	16 1/2
Bayadera	20
El Globo	22 1/2
Crema de Cuba	27 1/2
Maravilla, leicht	30
Pauline	30
La Perfecta Conchas	33 1/2
Importiert:	
Julian Alvarez Londres	40 Zhlr.
Relampago	48
Los Suicos, Canchas	50
Flor José Blanc, Lndr.	50
Palmira grandes	55
Villar y Villar, leicht	65
Esperanza Londres	70
Prueba, Conchas Reg.	70
Legitimidad flor.	80
María Luisa, flor f.	100
Agulla de Oro	100

und verschiedene andere Marken.
Ferner empfehlen

Echte Havannah, Londres (Ausdruck)
à 30 Zhlr. pro Mille.

Das Cigarren-Lager von

J. D. Katz & Sohn, Wilhelmsstraße 8.

Frische Kieler Sprotten und Hamburger Speckbücklinge empfangen

W. F. Meyer & Co., Wilhelmsplatz 2.

Fr. fette Kieler Sprotten und große Speckbücklinge empfiehlt Kleischoff, Krämerstr. 1.

Leb. Fische u. Zander Donnerst. Ab. b. Kleischoff.

Gingefandt!

Die Berliner Zeitungen bringen seit einigen Wochen größere Artikel über Katarthaltische Affektionen, der Husten und seine Arten etc., aus welchen zu erhellen ist, daß der **Erfinder des rühmlichst bekannten Eigners Daubig** (N. F. Daubig in Berlin, Charlottenstraße 19.) ein Gelée fabricirt, welches er **N. F. Daubigsches Brust-Gelée** nennt, und welches als ein probewürdiges Hausmittel zur Vorbeugung und Ueberwindung aller, den Respirations-Organismus belästigenden Beschwerden, namentlich: Lungen-, Magen-, Stich- und Reuchhusten, Katarth, starker Verschleimung, Asthma etc., wie wir uns selbst überzeugt haben, empfohlen werden kann.

Dr. S.

Ein anständiges Mädchen empfiehlt sich den geehrten Herrschaften in das Haus Bugmaden zu kommen, auch übernimmt sie das Garniren von Ballkleidern. Zu erfragen Schützenstr. 4., 3 Treppen.

Ein unverheiratheter **Gärtner** mit guten Attesten versehen, wird zum sofortigen Antritt gesucht, sowie eine **Wirthin**, welche in großen Wirthschaften gewesen, gute Atteste besitzt und die feine Küche versteht, wird zum April gesucht vom Dominiun **Labiszynek** bei Gnesen.

Einen Lehrling f. **O. Strötau**, Uhrmacher.

Wäsche- und Maschinen-Wätherinnen finden dauernde Beschäftigung bei

Julius Lasch, Markt 66, eine Treppe.

Ein musik. Cand. theol. sucht eine Hauslehrer-stelle. Off. u. **D. H. 2.** pst. rest. **Posen.** fr.

Eine gesunde, ordentliche und milchreiche **Amme** (Wittwe, 28 Jahre alt), sucht sogleich einen Dienst. Zu erfragen Baderstraße 6., eine Treppe hoch.

Ein praktischer und nützlicher **Brennerei-Verwalter**, der selbst schon Brennereien mit dem besten Erfolge eingerichtet, auch praktisch in Maschinen- und Mühlenbauwerk ist, indem er selbst acht Jahre bedeutenden Fabriken als Werkführer und Monteur vorgestanden, sucht bald oder zu Johanni d. J. Stellung. Näheres unter Chiffre **B. T. Wollstein**, Herzogthum Posen.

Im Verlage von **Theodor Scheibel** zu Lissa ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Staat und die Juden

im Norddeutschen Bunde.

Ein Mahnruf an das Norddeutsche Parlament.

Von **M. Levy,** königl. preussischem Rechtsanwält und Notar.

8. gehobter Preis 5 Sgr.

Der Verfasser behandelt die Judenfrage vom Standpunkte des öffentlichen Rechts und namentlich mit Beziehung auf den in Bildung begriffenen Norddeutschen Bund. Er weist das Bedürfnis einer endlichen durchgreifenden und gleichmäßigen Reform der Rechtsverhältnisse der Juden innerhalb des Norddeutschen Bundes sowohl an allgemeinen Gesichtspunkten als auch an der Mannigfaltigkeit der konkreten Rechtszustände der Juden in den einzelnen Bundesstaaten nach. Die gegebene übersichtliche Darstellung dieser Rechtsverhältnisse verleiht der Brochüre einen besonders praktischen Werth.

Es sind ferner milde Beiträge für die Abgebrannten in **Koblyn** eingegangen:

Gemeinde Wilkow 10 1/2 Sgr. Distriktsamt Namiez 22 Zhlr. 5 Sgr. 9 Pf. Magistrat Pogorzella 15 Zhlr. 12 1/2 Sgr. Magistrat Schönlanke 10 Zhlr. 14 Sgr. 4 Pf. Dominiun Neudorf 1 1/2 Zhlr. Magistrat Namiez 8 Zhlr. Distriktsamt Lufschwitz 14 1/2 Zhlr. Distriktsamt Kröben 13 Zhlr. 16 Sgr. 7 Pf. Magistrat Adelnau 1 Zhlr. 22 Sgr. 6 Pf. Magistrat Trebnitz 10 Zhlr. 22 Sgr. 1 Pf. Magistrat Baranow 5 Zhlr. 12 1/2 Sgr. Distriktsamt Bythyn 17 1/2 Sgr. Magistrat Görden 6 Zhlr. 24 Sgr. Gemeinde Kobylarnia 1 Zhlr. 19 1/2 Sgr. Distr. Amt Mielotowo 3 1/2 Zhlr. Distriktsamt Bojanowo 22 Zhlr. 19 1/2 Sgr. Ned. des Kr. Wochenblattes Ostrowo 8 1/2 Zhlr. Männer-Gesangsverein Ostrowo 10 Zhlr. Distriktsamt Rodzice 17 Zhlr. Rentmeister Stoben in Freiheit 15 Zhlr. 12 Sgr. 1 Pf. Magistrat Bromberg 15 Sgr. Magistrat und Distriktsamt Dubin 14 Zhlr. 22 Sgr. 1 Pf. Ned. der Kreuzzeitung 51 Zhlr. 6 1/2 Sgr. Schulze Kowalski zu Siemogoyki 1 Zhlr. 6 1/2 Sgr. Schulze Winielowski zu Juniemo 1 Zhlr. 8 1/2 Sgr. Distriktsamt Zutrofin 11 Zhlr. 22 1/2 Sgr. Distriktsamt Doborn 1 Zhlr. 27 Sgr. 2 Pf. Magistrat Bnin 23 Sgr. Magistrat Czerniewo 3 Zhlr. 2 Sgr. 5 Pf. Distriktsamt Szaralkowo 7 Zhlr. 13 Sgr. Distriktsamt Wielichowo 28 Zhlr. 3 1/2 Sgr. Von St. aus Szaralkowo 1 Zhlr. Mag. Schroda 15 Zhlr. 26 Sgr. Magistrat Rogasen 14 Zhlr. 16 Sgr. Distriktsamt Szaralkowo 2 Zhlr. 9 Sgr. 8 Pf. Distriktsamt Kottin 9 Zhlr. 19 1/2 Sgr. Magistrat Lissa 36 Zhlr. 12 Sgr. 9 Pf. Mag. Stojewo 10 Zhlr. 16 1/2 Sgr. Magistrat Schwerfenz 19 1/2 Zhlr. Magistrat Szaralkowo 9 Zhlr. 7 Sgr. Magistrat Barcin 3 Zhlr. 25 1/2 Sgr. Distriktsamt Kottin 10 Zhlr. 1 Zhlr. 8 Sgr. 2 Pf. Distriktsamt Stojewo 9 Zhlr. 8 Sgr. 2 Pf. Distriktsamt Krotoschin 30 Zhlr. Magistrat Samocin 14 Zhlr. 23 Sgr. Magistrat Czempin 7 Zhlr. 16 Sgr. 4 Pf. Hr. Baustow zu Wotylewo 3 Zhlr. 28 Sgr. 11 Pf. Magistrat Warenberg 21 Zhlr. 15 Sgr. 7 Pf. Schulze Gutecki aus Macin 1 Zhlr. 13 1/2 Sgr. Distriktsamt Bentschen 14 Zhlr. 4 Sgr. Distriktsamt Dirschfelg 10 Zhlr. 13 1/2 Sgr. Distriktsamt Jacocin 2 Zhlr. 11 Sgr. 11 Pf. Gemeinde Mo dajkowo 15 Sgr. 9 Pf. Distriktsamt Czempin 9 Zhlr. 24 1/2 Sgr. Distriktsamt Namiez 4 Zhlr. 4 Sgr. Magistrat Schönlanke 2 1/2 Zhlr. Magistrat Kriewen 5 Zhlr. 10 Sgr. 2 Pf. Distr. Amt Santomysl 8 Zhlr. 13 Sgr. 9 Pf. Magistrat Santomysl 2 Zhlr. 2 1/2 Sgr. Magistrat Sandberg 5 Zhlr. 3 Sgr. Magistrat Dolzig 14 Zhlr. 21 1/2 Sgr. Distriktsamt Dolzig 16 Zhlr. 24 Sgr. 10 Pf. Distriktsamt Adelnau 20 Zhlr. 22 Sgr. 10 Pf. Landrathsamt Trebnitz 8 Zhlr. 13 Sgr. 9 Pf. Distriktsamt Mielichow 18 1/2 Sgr. Magistrat Polnisch-Krone 4 1/2 Zhlr. Distriktsamt Breschen 8 Zhlr. 18 Sgr. 4 Pf. Kr. Wochenblatt Ostrowo 11 Zhlr. 7 Sgr. 2 Pf. Distriktsamt Mielichow 21 Zhlr. 13 Sgr. Distriktsamt Amt Sayde 18 Zhlr. Magistrat Rynarzewo 2 Zhlr. 4 Sgr. 9 Pf. Distriktsamt Schroda 4 Zhlr. 1 1/2 Sgr. Magistrat Mielichow 11 Sgr. 4 Pf. Distriktsamt Rogasen 15 Zhlr. 25 Sgr. 9 Pf. Magistrat Kijzkowo 24 1/2 Sgr. Distrikts-

F. Fromm, Sapienplatz 7.

Die so sehr beliebte **Faseltutter** à Pfd. 10 Sgr. ist nur zu haben Hr. Gerberstraße Nr. 17. in der Milchmiederlage des Dom. Strzeczyna bei **Matuche.**

Pr. Lotterie-Loose, Drig. auch Anth., Sutor, Landsbergerstraße Nr. 47., Berlin.

3—4 Buchbinder-Gehilfen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Wo? sagt die Exp. d. Stg.

Wohnungen von 4 Stuben, Küche, Speisekammer, Mädchenstube, Water-Klosetts nebst Zubehör; auch ist noch eine kleinere Wohnung vom 1. April ab zu vermieten Sandstraße Nr. 8.

Schuhmacherstr. 11., zwei Tr., links, ist ein 3. mit oder ohne Möbel sofort zu vermieten.

Zwei Wohnungen, jede 2 Zimmer, Küche nebst Zubehör zu vermieten vom 1. April St. Martin 34.

Ein gut möbirtes Zimmer mit separatem Eingang, im 1. Stock des neuen großen Posthalterei-Gebäudes, Schuhmacherstraße Nr. 11., ist sofort zu vermieten. Näheres daselbst.

Ein elegant möbirtes Zimmer ist sofort zu beziehen: **St. Martin- und Mühlenstraßen-Ecke.**

Kanonienplatz 8., drei Tr., ist eine möbirtete Stube mit Bedienung sofort zu vermieten.

Durch das landwirthschaftl. Central-Verforg.-Bureau der Gewerbebuchhandlung von **Reinhold Kühn** in Berlin, Leipzig, 14. merdengelucht: 1 unverh. Inspektor, 250 Zhlr. Geh., fr. Stat.; 1 Rechnungsführer und Pol.-Verwalter, Geh. 150 Zhlr., fr. Stat.; 2 Inspektoren, 120 u. 150 Zhlr., fr. Stat.; 4 Hof- resp. Feldverwalter, Geh. 80 u. 100 Zhlr., fr. Stat.; 1 unverh. Gärtner, Geh. 100 Zhlr., Tant. und Deput.; 1 Wirthschafterin, 80 Zhlr. Geh., fr. Stat.; 1 Ziegelmeister, der auch verheirathet sein kann und 200 Zhlr. Rantion zu deponiren vermag, Gehalt 1200—1500 Zhlr.; 1 Schafmeister, Geh. 50 Zhlr., Tant. u. Dep., sowie 6 Det.-Eleven unter den vortheilhaftesten Bedingungen. — Honorar nur für wirkliche Leistungen. Photographie sehr erwünscht. Briefe finden innerhalb drei Tagen Beantwortung.

Ein unverheiratheter solider **Gärtner** findet sofort eine Anstellung auf einem Rittergute. Näheres in der Kunst- und Handelsgärtnerei und Samenhandlung von **A. Fleissig.**

Labengeschäft Berlinerstr. 13.

Das Dominiun **Gross-Stupia** bei Schroda sucht zu Georgi einen tüchtigen, verheiratheten, deutschen **Schmied.** Persönliche Vorstellung erforderlich.

Ein Knabe kann als **Lehrling** eintreten beim Schneidermeister **R. Walter**, Wilhelmsstraße Nr. 24.

Ein tüchtiger **Gärtnergehilfe**, besonders mit Baumschule und Blumenzucht vertraut, unverh., findet dauerndes Unterkommen. Näheres durch **E. F. Knappe**, Baderstr. 11.

amt Storchneft 11 Zhlr. 5 Sgr. 1 Pf. Distr. Amt Podzamcze 18 1/2 Zhlr. Tartowo-Gauland 1 Zhlr. 11 1/2 Sgr. Distriktsamt Kriewen 8 Zhlr. 27 1/2 Sgr. Herr Lauterbach aus Prolsch 5 Zhlr. Baronin v. Seidlitz 1 Paket Sachen.

Familien-Nachrichten.
Als Verlobte empfehlen sich:
Alfred Röder,
Louis Kalisch,
Posen. Berlin.

Ihre am 5. d. M. stattgehabte eheliche Verbindung beehren sich ergebenst anzuzeigen
Heinrich Gottwald,
Marie Gottwald
geb. **Hundt.**

Todesanzeige.
Allen Bekannten und Verwandten statt jeder besonderen Meldung die schmerzliche Nachricht, daß unser hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Jäger **Joseph Bodt**, im 22. Lebensjahre nach längeren Leiden im Lazareth in Greifswald den 4. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.

Wollstein, den 5. Februar 1867.

Die Hinterbliebenen.
Heute Morgen verstarb zu Skatowo bei Kofczyn nach langen Leiden unsere geliebte Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau **Riffa Samter geb. Sternberg.**

Mit der Bitte um stillen Beileid zeigen dies allen theilnehmenden Bekannten und Verwandten an

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Posen, den 7. Februar 1867.

Die Beerdigung findet Freitag, den 8. d. M., Nachmittags 2 Uhr von der Laßchen Krankenanstalt aus statt.

Gestern Abend 7 1/4 Uhr verstarb am Bahnen unsere innigst geliebte Tochter **Martha** im Alter von 6 Monaten und 12 Tagen.

Posen, den 7. Februar 1867.

Kiesling,
Regierungs- Secr. - Vff.

Danksagung.
Allen Denjenigen, welche bei der gestern stattgefundenen Beerdigung unserer theuren Mutter und Großmutter **Marianna Gorich**, die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unseren innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

Stadt-Theater.
Donnerstag. Zum Benefiz für Hrn. Robert Le on h a r d zum ersten Male: **Die reiche Erbin**, Schauspiel in 5 Acten und 12 Bildern nach dem Roman des Eugène Sue: **Die sieben Todsünden**, frei bearbeitet von Friedrich Gomanstky. 1. Abth. „Das Duell.“ 2. Abth. „Der Buhle.“ 3. Abth. „Des Reichthums Glück und Unglück.“ 4. Abth. „Pariser Spiegelbilder.“ 5. Abth. „Adelsstolz und Bürgerehre.“

Freitag. Sechzigstes Gastspiel des f. franz. Kammerlängers Herrn **Roger**. Auf Verlangen **Der Troubadour**. Große Oper in 4 Acten. Herr **Roger** singt diese Parthie im Verlaufe seines Gastspiels zum letzten Male heute.

In Vorbereitung mit Herrn **Roger**: **Die Jüdin**. Große Oper in 5 Acten von Halevy.

Steffen Langer aus Glogau. Lustspiel in 4 Acten und 1 Vorspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Volksgarten-Saal.
Heute Donnerstag

II. Sinfonie-Concert
von der Kapelle des 50. Regiments.

Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenpreis à Person 5 Sgr. Familien-Billets 5 Stück 15 Sgr. sind an den bekannten Orten und an der Kasse zu haben.

Morgen Freitag den 8. Februar **Concert.** Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée à Person 1 1/2 Sgr.

C. Walther, Kapellmeister.

Lambert's Salon.
Sonabend den 9. Februar

großer Masken-Ball
(mit und ohne Maske).

Anfang 8 Uhr. Entrée: Herren 15 Sgr., Damen 10 Sgr. Billets sind auch vorher bis 5 Uhr im Lokale selbst, bei den Herren Restaurateurs **F. W. Dorn** am alten Markt und **Weder** im Rathsfeller und dem Wastenvorleier Herrn **Kalischer** in der Wasserstraße, für Herren à 12 1/2 Sgr., für Damen à 7 1/2 Sgr., zu haben. **Maskenanzüge** finden in der Garderobe zu haben. **Demaskiren nach Belieben.**

Jean Lambert.

Fischers Salon.
Sonabend den 9. Februar

großer Masken-Ball
mit und ohne Maske.

Entrée für Herren 7 1/2 Sgr., Damen frei. Anfang 7 Uhr.

Fischer.

Bohne's Restaurant.
Schloßstraße Nr. 5.

Heute und die folgenden Abende großes Konzert und Gesangsvorträge mit förmlichen Almöcheln von der Gesellschaft des Konzerntmeisters Herrn **Witlaus** aus Breslau und erstes Auftreten einer neuen Soubrette.

Asch's Café, Markt 10.

Heute und die folgenden Abende **Konzert** und **Gefangsvorträge** von der Familie **Pöschel** aus Böhmen.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 7. Februar 1867. (Marsch & Maas.)

Not. v. 6	Not. v. 6
Weizen, matter.	84 1/2
Februar	84 1/2
Frühjahr	84 1/2
Mat-Juni	84 1/2
Roggen, matter.	54 1/2
Februar	54 1/2
Frühjahr	54 1/2
Mat-Juni	54 1/2

Börse zu Posen

am 7. Februar 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88 1/2 Gd., do. Rentenbriefe 90 Gd., do. 5% Kreis-Obligations 98 1/2 Br., do. 5% Odra-Revisions-Obligations 98 1/2 Br., do. 4 1/2% Kreis-Obligations 89 1/2 Br., polnische Bantnoten 81 1/2 Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Febr. 52 1/2, Febr.-März 52 1/2, März-April 52, Frühjahr 52, April-Mai 52, Mai-Juni 52.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 15,000 Quart, pr. Februar 15 1/2, März 16, April 16 1/2, Mai 16 1/2, Juni 16 1/2, Juli 16 1/2.

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Februar. Wind: West. Barometer: 27". Thermometer: Früh 4° +. Bitterung: Viel Regen und Wind.

Die Stimmung für Roggen war heute wieder matt und äußerst schwach. Die Stimmung für Weizen war heute wieder matt und äußerst schwach. Im Getreidegeschäft ist nur allerbeste Qualität preishaltend, ordinaire Sorten fanden heute nur zu schlechteren Preisen Verwendung. Gefündigt 1000 Ctr. Rindfleischpreis 56 Mt.

Rübsöl matt bei geringfügigen Umsätzen. Gefündigt 100 Ctr. Rindfleischpreis 11 1/2 Mt.

Spiritus wurde auch heute sehr wenig beachtet und Verkäufer sind daher zu weiterer Nachgiebigkeit genötigt gewesen, doch schien schließlich die Haltung etwas mehr festigkeit zu gewinnen. Gefündigt 20,000 Quart. Rindfleischpreis 17 Mt.

Weizen: Loko still, Termine vernachlässigt und ein wenig billiger verkauft. Hafer: Loko und Termine matter.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 70-88 Mt. nach Qualität, hochbunter poln. 81, feiner weißbunter do. 85 1/2 a 86 Mt. bz., pr. 2000 Pfd. April-Mai 79 Mt. bz., Mai-Juni 80 1/2 Mt. bz., 80 Gd.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 56 a 57 Mt. bz., ord. 54 1/2 a 55 a 1/2 Mt. bz., pr. diesen Monat 56 1/2 a 57 1/2 Mt. verk., Frühjahr 55 a 56 1/2 Mt. verk., Mai-Juni 55 1/2 a 56 1/2 Mt. verk., Juni-Juli 55 1/2 a 56 1/2 Mt. verk., Juli-August 53 1/2 Mt. 1/2 Gd.

Spiritus loko pr. 1750 Pfd. 45-51 Mt. nach Qualität, schles. 49 a 50 bz. Hafer loko pr. 1200 Pfd. 26-29 Mt. nach Qualität, böhm. 27 1/2 a 28, schles. 28 1/2 Mt. bz., pr. diesen Monat 28 Mt. nominell, Frühjahr 28 1/2 a 29 1/2 Mt. bz., Mai-Juni 28 1/2 Mt. bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52-66 Mt. nach Qualität, Futterwaare do.

Rübsöl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 11 1/2 Mt. Br., pr. diesen Monat 11 1/2

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 6. Februar 1867.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4 1/2	99 1/2 G
Staats-Anl. 1859 5	104 1/2 bz
do. 54, 55, 57 4 1/2	99 1/2 bz
do. 56 4 1/2	99 1/2 bz
do. 1859, 1864 4 1/2	99 1/2 bz
do. 50, 52 conv. 4	90 1/2 G
do. 1853 4	90 1/2 G
do. 1862 4	9 1/2 G
Präm. St. Anl. 1855 3	122 1/2 bz
Staats-Schuldssch. 3 1/2	85 1/2 bz
Kur-u-Reum. Schuldssch. 3 1/2	82 1/2 bz
do. do. 4	99 1/2 bz
do. do. 3 1/2	82 1/2 bz
Verl. Börsenb. Obl. 5	101 1/2 bz
Kur- u. Reum. 3 1/2	79 1/2 G
Märkische 3 1/2	79 1/2 G
Ditpreussische 3 1/2	79 1/2 G
Pommersche 3 1/2	86 1/2 bz
do. neue 4	90 1/2 bz
Posenische 3 1/2	88 1/2 bz
do. neue 4	87 1/2 G
Schlesische 3 1/2	86 1/2 bz
do. Litt. A. 3 1/2	86 1/2 bz
Westpreussische 3 1/2	76 1/2 bz
do. do. 4	86 1/2 bz
do. neue 4	94 1/2 G
Kur-u-Reum. 4 1/2	92 1/2 bz
Pommersche 4 1/2	93 1/2 G
Posenische 4 1/2	90 1/2 bz
Preussische 4 1/2	91 1/2 G
Rhein-Westf. 4 1/2	96 1/2 G
Sächsisch 4 1/2	91 1/2 G
Schlesische 4 1/2	92 1/2 G

Ausländische Fonds.

Deutr. Metastatistik 5	48 bz u G
do. National-Anl. 5	56 bz
do. 250 fl. Präm. Ob. 4	61 G
do. 100 fl. Kred. Loose 4	63 1/2 bz u G
do. 50 fl. Loose (1860) 5	63 1/2 bz u G
do. Pr. Sch. v. 1864 4	63 1/2 G
do. Sib. Anl. 1864 5	63 1/2 G
Italienische Anleihe 5	55-54 1/2 bz
5. Stieglitz Anl. 5	62 1/2 bz
do. do. 5	82 1/2 G
Englische Anl. 5	86 G
N. Russ. Egl. Anl. 3	52 1/2 G
do. v. 3. 1862 5	52 1/2 G
do. do. 1864 5	52 1/2 G
do. engl. 5	87 1/2 G
do. Pr. Anl. 1864 5	90 1/2 G
Poln. Schatz-D. 4	63 1/2 G
do. II. 4	—
Cert. A. 300 fl. 5	91 etw bz
Pfand. n. i. S. R. 4	60 1/2 G
Part. D. 500 fl. 4	91 G
Amerik. Anleihe 6	76 1/2 bz
Kurh. 40 fl. Loose 4	30 1/2 G
Neue Bad. 35 fl. Loose 4	98 1/2 G
Deutscher Präm. Anl. 3 1/2	49 1/2 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

Berl. Kassenverein 4	155 G
Berl. Handels-Ges. 4	106 bz
Braunschweig. Bank 4	89 G
Bremer 4	115 1/2 G
Coburger Kredit-Do. 4	87 1/2 G
Danzig. Priv.-Bl. 4	110 G
Darmstädter Kred. 4	84 1/2 bz u G
do. Zettel-Bank 4	96 1/2 G
Deutscher Kredit-B. 0	2 1/2 G
Deutscher Landesbl. 4	—
Dist. Komm. Anst. 4	103 1/2 G
Genfer Kreditbank 4	28 1/2 bz u G
Gerar Bank 4	104 1/2 G
Gothaer Privat do. 4	98 1/2 etw bz u G
Hannoversche do. 4	83 G
Königsb. Privatbl. 4	111 G

Leipziger Kreditb.

Leipziger Kreditb. 4	81 1/2 G
Leipziger Kreditb. 4	76 etw bz u G
Magdeb. Privatbl. 4	94 G
Meininger Kreditb. 4	93 1/2 G
Neubau. Land. Bl. 4	23 1/2 etw bz
Norddeutsche do. 4	115 1/2 G
Deutr. Kredit-Do. 5	69-68 1/2 bz
Komm. Ritter-Do. 4	92 G
Pörsner Prov. Bank 4	102 1/2 etw bz u G
Preuß. Bank-Anst. 4	150 1/2 G
Schlef. Bankverein 4	115 G
Thüring. Bank 4	66 G
Thüring. Bank 4	109 1/2 G
Weimar. Bank. 4	92 1/2 G
Prf. Hypoth.-Verf. 4	107 1/2 G
do. do. Certifik. 4	101 1/2 G
do. do. (Genf.) 4	—
Genfische Cred. B. 4	—

Prioritäts-Obligationen.

Magdeburg. Düsselb. 4	—
do. II. Em. 4	93 bz
do. III. Em. 4	93 bz
Magdeburg. Düsselb. 4	63 1/2 G
do. II. Em. 4	63 1/2 G
Bergisch-Märkische 4	93 G
do. II. Ser. (conv.) 4	96 1/2 G
do. III. S. 3 1/2 (N. S.) 4	78 bz
do. Litt. B. 4	78 bz
do. IV. Ser. 4	—
do. V. Ser. 4	93 1/2 G
do. Düsselb. Elberf. 4	84 1/2 G
do. II. Em. 4	84 1/2 G
III. S. (Dm.-Spekt) 4	84 1/2 G
do. II. Ser. 4	93 1/2 G
Berlin-Anhalt 4	91 1/2 G
do. do. 4	96 1/2 G
do. Litt. B. 4	96 1/2 G
Berlin-Hamburg 4	92 G
do. II. Em. 4	—
Berl. Potsd. Mag. A. 4	88 1/2 G
do. Litt. B. 4	88 1/2 G
do. Litt. C. 4	88 1/2 G
Berlin-Stettin 4	85 1/2 G
do. II. Em. 4	85 1/2 G

Berl. Stet. III. Em.

Berl. Stet. III. Em. 4	85 1/2 G
do. IV. S. v. St. gar. 4	96 1/2 G
Presl. Schw. Fr. 4	—
Göln-Gresfeld 4	—
Göln-Minden 4	99 1/2 G
do. II. Em. 5	103 G
do. do. 4	—
do. III. Em. 4	85 1/2 G
do. do. 4	85 1/2 G
do. V. Em. 4	84 1/2 G
Gos. Dberb. (Wilsb.) 4	—
do. III. Em. 4	87 1/2 G
Magdeb. Halberst. 4	96 G
Magdeb. Wittenb. 4	68 G
Mosco-Näsan S. g. 5	84 1/2 G
Niederschles. Märk. 4	90 1/2 G
do. II. c. 4	87 G
do. conv. 4	90 1/2 G
do. conv. III. Ser. 4	89 1/2 G
do. do. 4	99 1/2 G
do. IV. Ser. 4	100 1/2 G
Niederschles. Wilsb. 4	—
Nordb. Fried. Wilsb. 4	—
Oberschles. Litt. A. 4	80 G
do. Litt. B. 3 1/2	80 G
do. Litt. C. 4	88 1/2 G
do. Litt. D. 4	88 1/2 G
do. Litt. E. 3 1/2	—
do. Litt. F. 4 1/2	95 G G 94 1/2 G
Deutr. Französl. St. 3	233 bz
Deutr. Südl. Staatsb. 3	225 1/2 bz
Pr. Wilsb. I. Ser. 5	—
do. II. Ser. 5	—
do. III. Ser. 5	—
Rheinische Pr. Obl. 4	—
do. v. Staat garant. 3 1/2	93 G
do. Prior. Obl. 4 1/2	93 G
do. 1862 4 1/2	93 G
do. v. Staat garant. 4 1/2	97 1/2 G
Rhein-Naher. St. g. 4 1/2	94 1/2 G
do. II. Em. 4 1/2	94 1/2 G
Ruhrort-Gresfeld 4 1/2	—
do. II. Ser. 4 1/2	93 G
do. III. Em. 4 1/2	93 G
do. II. Em. 4 1/2	—

Starg. Pos. II. Em.

Starg. Pos. II. Em. 4 1/2	94 G
do. III. Em. 4 1/2	94 G
Thüringer 4	90 1/2 G
do. II. Ser. 4 1/2	97 1/2 G
do. III. Ser. 4 1/2	90 1/2 G
do. IV. Ser. 4 1/2	97 1/2 G

Eisenbahn-Aktien.

Magdeburg-Maistrich 3 1/2	35 1/2 bz
Altona-Riel. 4	131 1/2 bz
Amsterd. Rotterd. 4	105 1/2 G
Berg. Märk. Lt. A. 4	152 1/2 G
Berlin-Anhalt 4	217 G
Berlin-Hamburg 4	157 G
Berl. Potsd. Magd. 4	211 1/2 G
Berlin-Stettin 4	135 G
Berlin-Wertheim 4	69 1/2 G
do. Stamm-Prior. 5	9 1/2 G
Böhm. Westbahn 5	62 G
Bresl. Schw. Freib. 4	142 1/2 G
Brieg-Neisse 4	102 1/2 G
Göln-Minden 4	143 1/2 G
Gos. Dberb. (Wilsb.) 4	56 1/2 G
do. do. 4	78 G
Gal. E. Ludwig. 5	86 G
Eudwigshaf.-Verb. 4	149 G
Magdeb. Halberst. 4	193 1/2 G
Magdeb. Leipzig 4	258 1/2 G B 91 G
Magdeb. Wittenb. 4	—
Mein. Ludwigsb. 4	130 1/2 G
Mein. Ludwigsb. 4	79 1/2 G
Münster-Hammer 4	91 1/2 G
Niederschles. Märk. 4	91 1/2 G
Niederschles. Wilsb. 4	93 1/2 G
Nordb. Frd. Wilsb. 4	80 1/2-80 1/2 G
Oberschles. Lt. A. u. C. 3 1/2	183 G
do. Lt. B. 5	159 1/2 G
Deutr. Franz. Staat. 5	109 1/2-109 G
Deutr. S. S. B. (Rom) 5	108 1/2-107 1/2 G
Oppeln-Zarnowitz 5	75 G
Rheinische 4	116 G
do. Stamm-Pr. 4	—
Rhein-Naher. 4	35 1/2 G
Ruhrort-Gresfeld 3 1/2	—

Russ. Eisenbahnen

Russ. Eisenbahnen 5	79 bz
Stargard-Posen 4 1/2	95 G
Thüringer 4	133 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	113 1/2 G
Gold-Krone	9 1/2 G
Louisd'or	110 1/2 G
Souvereign	6 23 1/2 G
Napoleonsd'or	5 12 G
Gold pr. 3. Pfd. f.	464 G
Dollars	1 11 1/2 G
Silber pr. 3. Pfd. f.	—
R. Sächsl. Kass. A.	99 1/2 G
Fremde Noten	99 1/2 G
do. (einkl. in Belp.)	99 1/2 G
Deutr. Banknoten	79 1/2 G
Poln. Bankbillet	—
Russische do.	81 1/2 G

Industrie-Aktien.

Deff. Kont. Gas-A. 5	154 bz u G
Berl. Eisenb. Fab. 5	107 1/2 G
Görder Güttens. A. 5	111 G
Minerva. Bergw. A. 5	38 1/2 G
Neufeld. Güttens. 4	—
Concordia in Köln 4	385 G

Wechsel-Kurse vom 6. Februar.

Amst. 250 fl. 10 1/2	144 1/2 G
do. 2 M. 4	143 1/2 G
Hamb. 300 M. 8 1/2	151 1/2 G
do. do. 2 M. 3	151 1/2 G
London 1 Pfr. 3 M. 3 1/2	6 23 1/2 G
Paris 200 Fr. 3 M. 3	80 1/2 G
Wien 150 fl. 8 1/2	79 G
do. do. 2 M. 5	78 G
Angsb. 100 fl. 2 M. 4	56 24 G
Frankf. 100 fl. 2 M. 3 1/2	56 26 G
Leipzig 100 fl. 2 M. 3 1/2	59 1/2 G
do. do. 2 M. 5	99 1/2 G
Petersb. 100 R. 3 M. 7	90 G
do. do. 3 M. 7	88 1/2 G
Brem. 100 fl. 2 M. 3 1/2	110 1/2 G
Warschau 90 R. 8 1/2	6 G

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, 6. Februar. [Schlusskurse der offiziellen Börse.] Sehr schwach. Neues 5% neuerfr. Anleihen 60, 60, 5%, Metalliques 61, 20. 1854er Loose 78, 50. Bankaktien 744, 00. Nordbahn 162, 20. National-Anleihen 70, 80. Kreditaktien 173, 00. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 206, 80. Galizier 218, 00. Czernowitzer 184, 75. London 128, 20. Hamburg 95, 25. Paris 50, 90. Frankfurt 107, 40. Amsterd. 107, 50. Böhmische Westbahn 158, 00. Kreditloose 131, 00. 1860er Loose 86, 60. Lombard. Eisenbahn 205, 75. 1864er Loose 82, 65. Silber-Anleihe 77, 50. Anglo-Austrian B. 87, 75. Napoleonsd'or 10, 25. Datalen 605. Silberloose 127, 50.

Wien, 6. Februar. [Abendbörse.] Fortwährend schwach. Kreditaktien 173, 40. Nordbahn 162, 20. 1860er Loose 86, 70. 1864er Loose 82, 60. Staatsbahn 207, 00. Galizier 218, 75. Czernowitzer 184, 75.